RWI

Konjunkturbericht

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Sommer 2026: Deutliche konjunkturelle Erholung trotz anhaltender struktureller Belastungen

RWI

Jahrgang 77 (2026) A05

Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1–3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201–81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2026

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Gestaltung: Magdalena Franke, Silvia Mühlbauer

Sommer 2026: Deutliche konjunkturelle Erholung trotz anhaltender struktureller Belastungen

ISSN 1861-6305 (online)

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Leibniz Gemeinschaft

Sommer 2026: Deutliche konjunkturelle Erholung trotz anhaltender struktureller Belastungen[1]

Torsten Schmidt, Niklas Benner, Boris Blagov, Niklas Isaak, Robin Jessen, Stefan Kotz, Clara Krause, Jonas Lippert, Marvin Nöller und Philip Schacht-Picozzi

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung 3

Summary 5

1. Weltwirtschaft trotz geopolitischer Spannungen auf Wachstumskurs 7

2. Kräftige Exporte treiben konjunkturelle Erholung in Deutschland im ersten Halbjahr 12

3. Wirtschaftliche Erholung erreicht nur allmählich die privaten Haushalte 14

3.1 Ausfuhren nach kräftigem Anstieg moderat aufwärtsgerichtet 16

3.2 Ausrüstungsinvestitionen weiterhin von staatlicher Nachfrage geprägt 18

3.3 Bauinvestitionen mit Witterungseffekten auch im Sommer 19

3.4 Verhaltener Anstieg des privaten Konsums 20

3.5 Staatskonsum mit abnehmender Dynamik 20

4. Kräftige Erholung im Verarbeitenden Gewerbe 20

5. Erheblicher Beschäftigungsabbau im ersten Halbjahr 21

6. Effektivverdienste steigen spürbar an 23

7. Kerninflation bislang unberührt vom Irankrieg 23

8. Staatliche Defizite werden deutlich ausgeweitet 24

9. Risiken 26

10. Literatur 27

Anhang 28

[1] *Abgeschlossen am 1.9.2026. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung.*

Kurzfassung: Die deutsche Wirtschaft expandierte im ersten Halbjahr überraschend kräftig. Getragen wurde die Erholung vor allem von den Exporten. Dies überrascht, da sich die Exporte zuvor von der weltwirtschaftlichen Entwicklung gelöst hatten und deutlich schwächer expandierten. Der Großteil der ausländischen Nachfrage kam aus der EU. Dort war die Produktion im zweiten Quartal recht kräftig, was zu der hohen Nachfrage nach deutschen Waren beigetragen haben dürfte. Bei den Exporten in die USA zeichnet sich seit der Beruhigung des Handelsstreits eine Erholung ab. Insgesamt spricht dies dafür, dass die starken Exporte eher auf kurzfristige Faktoren als auf eine strukturelle Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen sind. Dies lässt erwarten, dass die deutschen Exporte im zweiten Halbjahr weniger kräftig ausgeweitet werden als im ersten.

Neben den Exporten trug auch der öffentliche Konsum im ersten Halbjahr deutlich zum Anstieg des BIP bei. Hier machen sich die Ausgaben aus den Sondervermögen und die erweiterten Verschuldungsspielräume bemerkbar. Dagegen hat sich die private inländische Nachfrage weiterhin schwach entwickelt. Die privaten Haushalte leiden unter der erneut höheren Inflation und den schlechten Arbeitsmarktaussichten. Auch die private Investitionsnachfrage war ausgesprochen schwach. Zwar hat sich der Bau nach einem Rückgang zu Jahresbeginn stabilisiert. Die Ausrüstungsinvestitionen gehen dagegen in beiden Quartalen deutlich zurück.

Durch die Trockenheit und die hohen Temperaturen im Juli und August kamen weitere Belastungen für die deutsche Wirtschaft hinzu. Besonders sichtbar sind sie durch die niedrigen Pegelstände im Rhein und anderen deutschen Flüssen, die die Schifffahrt belastet haben. Frachtschiffe konnten nur noch wenig Ladung aufnehmen, um den Tiefgang zu verringern, sodass in der Chemie und der Stahlerzeugung aber auch in der Bauwirtschaft Vorprodukte fehlten. Inzwischen hat sich die Lage wieder etwas entspannt. Es ist aber davon auszugehen, dass die Engpässe das gesamte dritte Quartal anhalten werden.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft fortsetzen. Dabei wird das Expansionstempo wohl wieder etwas nachlassen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sich die Exportdynamik wieder abschwächt. Allerdings ist zu erwarten, dass die Zunahme der Auftragseingänge und die steigende Kapazitätsauslastung die Investitionsbereitschaft erhöhen. Dies dürfte sich vor allem auf die privaten Ausrüstungsinvestitionen auswirken. Die ungelösten strukturellen Belastungen, wie hohe Energiepreise, hohe bürokratische Hürden sprechen aber gegen eine kräftige Erholung der privaten Investitionen. Die höheren Zinsen dürften insbesondere die Bauinvestitionen etwas dämpfen. Angesichts der immer noch hohen Inflationsrate dürfte die EZB die Zinsen noch weiter erhöhen. Auch die privaten Konsumausgaben dürften nur schwach ausgeweitet werden.

Insgesamt erwarten wir eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung. Für dieses Jahr gehen wir von einer Expansion des BIP um 1,3% aus. Im kommenden Jahr dürfte das Expansionstempo mit einer durchschnittlichen Rate von 1,1% weiterhin hoch bleiben. Für das Jahr 2028 ist mit einer Verringerung des Expansionstempos auf eine Rate von 0,5% zu rechnen.

Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich der deutliche Rückgang der Erwerbstätigen im ersten Halbjahr 2026 unvermindert fort. Seit Jahresbeginn ist die Beschäftigung um ca. 100 Tsd. Personen geschrumpft. Die Hauptgründe dafür sind eine geringe Arbeitsnachfrage der Unternehmen sowie die Alterung der Gesellschaft. Im weiteren Jahresverlauf dürfte der Arbeitsmarkt schwach bleiben. Jahresdurchschnittlich ist im laufenden Jahr daher mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um fast 200 Tsd. zu rechnen. Erst im kommenden Jahr dürfte dann mit fortlaufender konjunktureller Erholung auch wieder Beschäftigung aufgebaut werden. Jedoch wirkt die Demografie weiter bremsend. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Anstieg der

Erwerbstätigen um gut 10 Tsd. Personen im kommenden Jahr, gefolgt von weiteren knapp 130 Tsd. im Jahr darauf. Die Arbeitslosenquote dürfte Ende des Jahres 2028 bei 5,7% liegen.

Die Teuerung ist weiterhin stark von den Auswirkungen des Irankriegs geprägt. Die kriegsbedingten Turbulenzen sowie die zwischenzeitliche Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe haben zu starken Bewegungen bei den Energiepreisen geführt. Die Teuerungsrate des Gesamtindex ohne Energie lag seit dem Ausbruch des Krieges bei durchschnittlich 2,2%. Es ist aber damit zu rechnen, dass auch die Kerninflation vor Ende des Jahres wieder Fahrt aufnimmt. Insgesamt wird für 2026 eine Inflationsrate von 2,7% erwartet. Im kommenden Jahr dürften die verzögerten Auswirkungen des Energiepreisschocks dazu führen, dass die Kerninflation mit 3,4% deutlich oberhalb der Inflationsrate von 2,6% liegt. Für das Jahr 2028 erwarten wir, dass die Inflationsrate bei 2% liegen wird.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte von knapp 63% Ende 2025 auf gut 69% zum Ende des Jahres 2028 steigen. Die Finanzpolitik ist im gesamten Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen gehen die expansiven Impulse im Laufe des Prognosezeitraums zurück.

Tabelle

Eckwerte der Prognose

2025 bis 2028

	2025	2026[p]	2027[p]	2028[p]
Bruttoinlandsprodukt[1], Veränd. in %	0,2	1,3	1,1	0,5
Erwerbstätige[2], in 1000	45 878	45 686	45 697	45 825
Arbeitslose[3], in 1000	2 948	2 994	2 916	2 726
Arbeitslosenquote[3,4], in %	6,3	6,4	6,6	6,2
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,2	2,7	2,6	2,0
Lohnstückkosten[5], Veränderung in %	4,3	2,1	2,3	3,2
Finanzierungssaldo des Staates[6]				
in Mrd. €	-136,5	-190,0	-227,8	-252,4
in % des BIP	-3,0	-4,0	-4,7	-5,0
Leistungsbilanzsaldo[7]				
in Mrd. €	202,1	206,1	222,6	237,4
in % des BIP	4,5	4,4	4,6	4,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - [1]Preisbereinigt. - [2]Im Inland. - [3]Nationale Abgrenzung. - [4]Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - [5]Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - [6]In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - [7]In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - [p]Eigene Prognose.

Summary: *The German economy expanded with surprising vigor in the first half of the year. This recovery was driven primarily by exports – a surprising development, given that exports had previously decoupled from global economic trends and were expanding at a much slower pace. The bulk of foreign demand originated within the EU, where production was robust in the second quarter, likely fueling the high demand for German goods. Exports to the US have also shown signs of recovery since the trade dispute eased. Overall, these trends suggest that the strong export performance stems from short-term factors rather than a structural improvement in international competitiveness. Consequently, German export growth is expected to slow down in the second half of the year.*

In addition to exports, public consumption contributed significantly to the rise in GDP during the first half of the year, reflecting the impact of spending from special funds and expanded borrowing capacity. By contrast, private domestic demand remained weak; households are grappling with renewed inflationary pressures and a bleak labor market outlook. Demand for private investment was also notably sluggish. While the construction sector stabilized following a decline at the start of the year, investment in equipment and machinery fell sharply in both quarters.

Drought conditions and high temperatures in July and August placed further strain on the German economy. This impact was most visible in the low water levels of the Rhine and other German rivers, which hampered shipping operations. Freight vessels were forced to reduce their loads to decrease their draft, resulting in shortages of intermediate goods for the chemical, steel, and construction industries. Although the situation has eased somewhat, the supply bottlenecks are expected to persist throughout the third quarter.

The recovery of the German economy is likely to continue over the remainder of the forecast period. The pace of expansion is likely to slow somewhat again. A key reason for this is the weakening of export momentum. However, rising incoming orders and increasing capacity utilization are expected to boost the willingness to invest. This should primarily impact private investment in equipment. Yet, unresolved structural burdens – such as high energy prices and significant bureaucratic hurdles – militate against a robust recovery in private investment. Higher interest rates are likely to dampen construction investment in particular. Given the persistently high inflation rate, the ECB is expected to raise interest rates further. Private consumer spending is also likely to see only modest growth.

Overall, we expect the economic recovery to continue. We project GDP growth of 1.3% for this year. Next year, the pace of expansion is expected to remain solid, averaging 1.1%. By 2028, the growth rate is projected to slow to 0.5%.

In the labor market, the marked decline in the number of employed persons continued unabated during the first half of 2026. Employment has contracted by approximately 100,000 since the beginning of the year. The primary reasons for this are low labor demand from companies and an aging population. The labor market is likely to remain weak for the remainder of the year; consequently, the annual average number of employed persons is expected to fall by nearly 200,000. Employment growth is likely to resume only next year, driven by the ongoing economic recovery. However, demographic factors will continue to act as a drag. In annual average terms, this implies an increase in employment of just over 10,000 persons next year, followed by a further rise of nearly 130,000 the year after. The unemployment rate is projected to stand at 6.2% at the end of 2028.

Inflation continues to be heavily influenced by the effects of the war involving Iran. War-related turbulence, as well as the temporary reduction in energy taxes on fuels, have led to significant

fluctuations in energy prices. Since the outbreak of the war, the inflation rate for the overall index excluding energy has averaged 2.2%. However, core inflation is also expected to pick up again before the end of the year. Overall, an inflation rate of 2.7% is forecast for 2026. In the coming year, the lagged effects of the energy price shock are likely to cause core inflation – at 3.4% – to remain significantly above the headline inflation rate of 2.6%. For 2028, we expect the inflation rate to stand at 2%.

The general government debt-to-GDP ratio (Maastricht definition) is projected to rise from just under 63% at the end of 2025 to well over 69% by the end of 2028. Fiscal policy remains expansionary throughout the forecast period. However, the expansionary impulses diminish over the course of the forecast period as a result of consolidation measures.

Key forecast Data 2025 to 2028

	2025	2026[f]	2027[f]	2028[f]
Gross Domestic Product[1], change in percent	0.2	1.3	1.1	0.5
Employed persons[2], in 1000	45 878	45 686	45 697	45 825
Unemployed[3], in 1000	2 948	2 994	2 916	2 726
Unemployment rate[3,4], in percent	6.3	6.4	6.6	6.2
Consumer prices, change in percent	2.2	2.7	2.6	2.0
Labor unit costs[5], change in percent	4.3	2.1	2.3	3.2
Fiscal balance[6]				
in EUR bn	-136.5	-190.0	-227.8	-252.4
in percent of GDP	-3.0	-4.0	-4.7	-5.0
Current account balance[7]				
in EUR bn	202.1	206.1	222.6	237.4
in percent of GDP	4.5	4.4	4.6	4.7

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – [1]In real terms. – [2]Domestic. – [3]National concept. – [4]In % of civilian labor force. – [5]Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – [6]National Accounts concept. – [7]Balance of payments concept. – [f]Forecast.

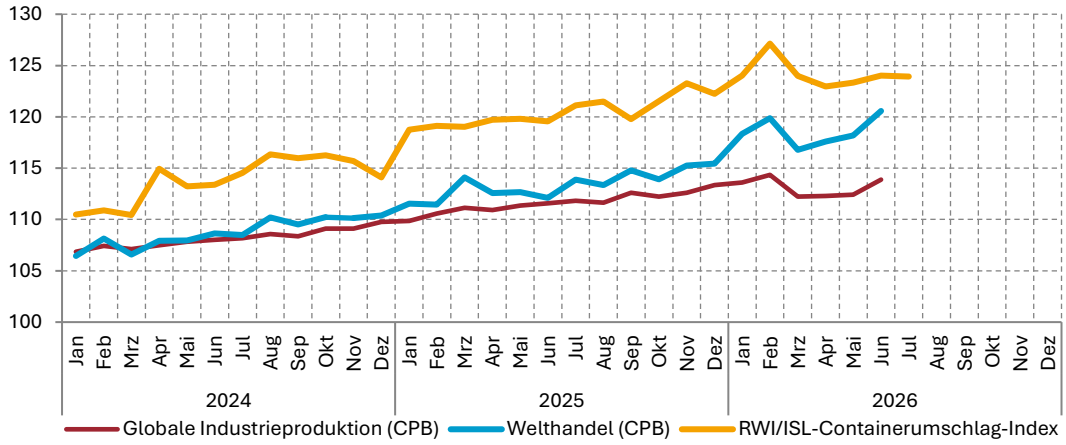
1. Weltwirtschaft trotz geopolitischer Spannungen auf Wachstumskurs

Die Weltkonjunktur trotzt im Sommer 2026 den anhaltenden geopolitischen Spannungen. Während der Konflikt im Iran anhält und die Situation an der Straße von Hormus nach wie vor unübersichtlich bleibt, ist der globale Welthandel im Verlauf des zweiten Quartals stetig gestiegen. Nach zwei moderaten Anstiegen im April und Mai folgte im Juni ein mit 2% recht kräftiger Zuwachs (Schaubild 1). Während sich der Handel in den Schwellenländern im Jahresverlauf sehr volatil zeigt und stark an den Entwicklungen im Iran hängt, präsentiert sich der Warenaustausch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften robust. Insgesamt kehrt der Welthandel damit, nach einer starken Korrektur im März, auf seinen Expansionspfad zurück.

Schaubild 1

Globale Industrieproduktion, Welthandel und RWI/ISL-Containerumschlagindex

Januar 2024 bis Juni bzw. Juli 2026, Indizes, Dezember 2019=100, saisonbereinigt



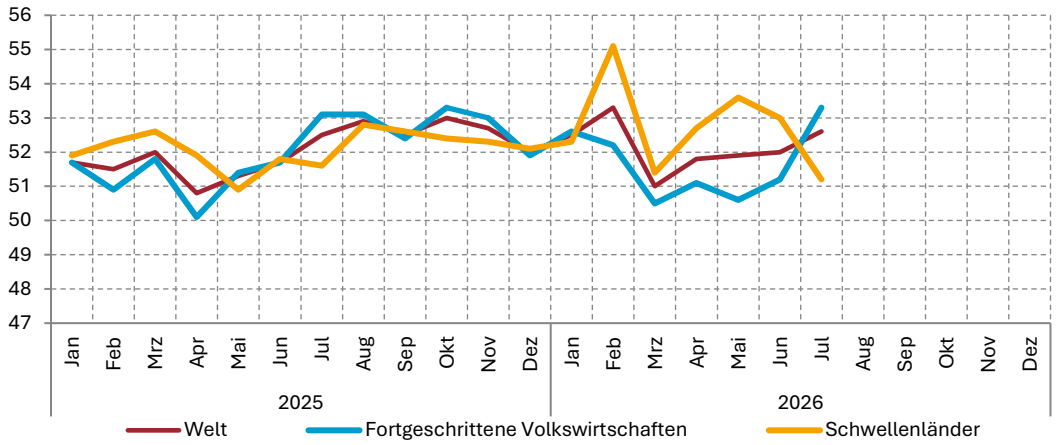
Nach Angaben des CPB bzw. des RWI, Macrobond, eigene Berechnungen.

Ein ähnliches Bild zeigt der RWI/ISL-Containerumschlagindex. Insbesondere nach dem vereinbarten Rahmenabkommen zur Straße von Hormus im Juni 2026, hat sich der Containerhandel spürbar belebt und setzte seine Erholung fort. Dieser Zuwachs war regional breit angelegt und betraf sowohl chinesische als auch nordeuropäische Häfen. Nach einer kurzen Belebung der Schifffahrt durch die Straße von Hormus, kam es aber im Juli erneut zu Kamphandlungen, wodurch der Schiffsverkehr erneut zum Erliegen kam. Im Juli ist der Containerumschlagindex dementsprechend leicht gesunken. Diese Entwicklungen zeigen, wie schnell der globale Frachtverkehr reagiert, sobald sich die Lage am Persischen Golf verändert. Auch der Ölpreis ist im Verlauf des zweiten Quartals leicht gefallen und lag im Juni bei durchschnittlich etwa 84 US-Dollar für ein Barrel Rohöl der Nordseesorte Brent.

Schaubild 2

Einkaufsmanagerindex, Aufteilung nach fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländer

Januar 2025 bis Juli 2026, Indizes, Langfristiges Mittel = 50



Nach Angaben von S&P Global, Macrobond, eigene Berechnungen.

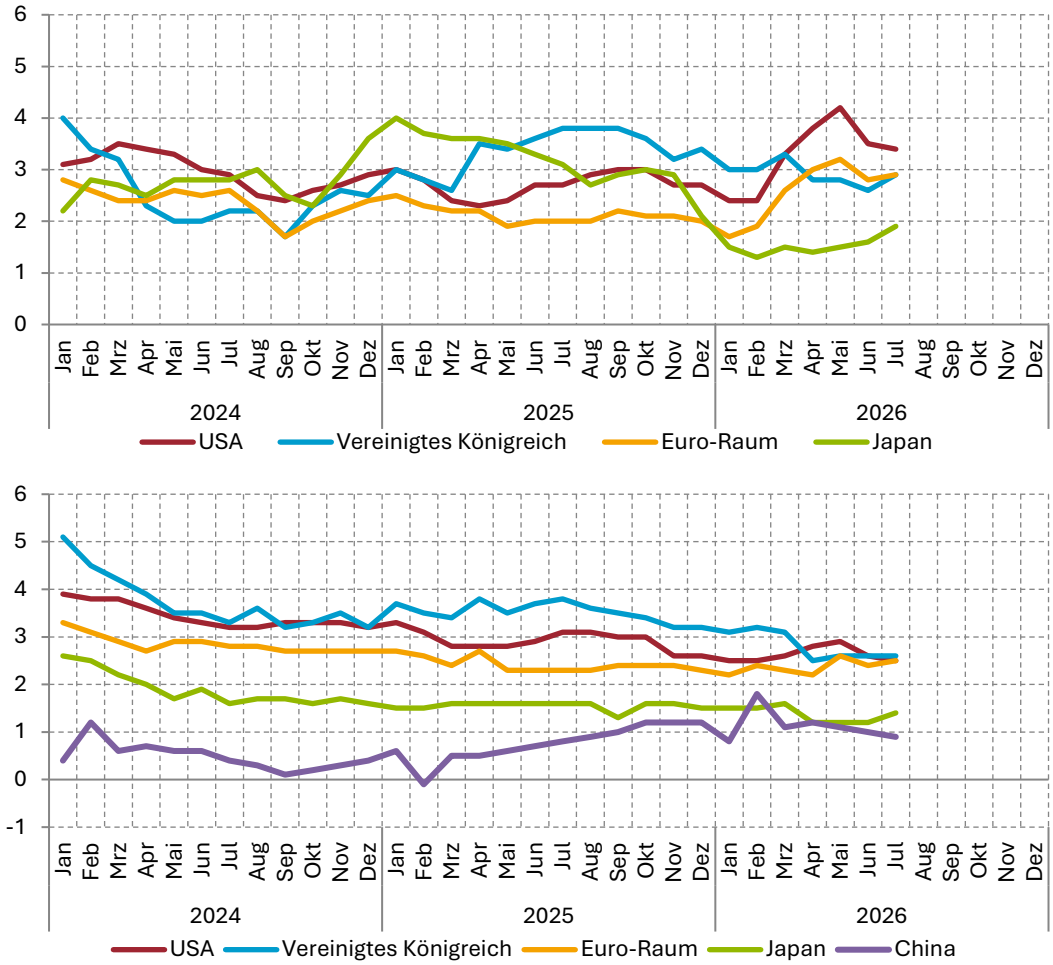
Umfragebasierte Frühindikatoren deuten derzeit auf einen leichten Aufwärtstrend hin. Beispielsweise steigt der globale Einkaufsmanagerindex von S&P Global (PMI) seit April dieses Jahres stetig und liegt nun leicht über dem Niveau vom Dezember 2025. Die Aufschlüsselung des PMIs nach Regionen spiegelt die stark volatile Dynamik in den Schwellenländern wider. Während der Index für die Schwellenländer von starken Ausschlägen und Gegenbewegungen geprägt ist, steigt der Index in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahresverlauf mäßig, aber konstant (Schaubild 2). Die sektorale Aufschlüsselung des PMI zeigt, dass sich über den Sommer insbesondere die Aussichten im Dienstleistungssektor gebessert haben. Der Dienstleistungsindex liegt nun wieder leicht über dem Index des Verarbeitenden Gewerbes, wo sich die Aussichten zuletzt etwas abgekühlt haben. Auch das globale Konjunkturbarometer der KOF signalisiert ein moderates Wachstum der Weltwirtschaft. Der vorauslaufende Indikator ist im August zum dritten Mal in Folge gestiegen und liegt nun auf dem höchsten Niveau seit Februar 2022. Der gleichlaufende Indikator ging zwar im August leicht zurück, war aber zuvor auch vier Monate in Folge gestiegen.

Insgesamt deuten die verfügbaren Indikatoren darauf hin, dass sich der moderate Expansionspfad der Weltwirtschaft auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen wird. Nach wie vor hängt die Dynamik allerdings stark von der Entwicklung im Iran ab, insbesondere in den Schwellenländern.

Schaubild 3

Entwicklung der Verbraucherpreise in ausgewählten Volkswirtschaften: Inflation (oben) und Kerninflation (unten)

Januar 2024 bis Juli 2026, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben von Eurostat, nationalen Statistikämtern bzw. der BIZ, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die Inflationsraten verharren über den Sommer in vielen Ländern auf einem erhöhten Niveau (Schaubild 3). Nachdem die Inflationsrate gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex in der Eurozone im April bereits bei 3,0% lag, ist sie im Mai nochmals leicht auf 3,2% gestiegen. Nach einem Rückgang im Juni liegt sie nun bei 2,9% im Juli. Insbesondere die Energiekomponente ist stark gestiegen und lag im Vorjahresvergleich im Juli bei 10,3%. Hier ist weiterhin der erhöhte Ölpreis ein treibender Faktor. Zuletzt sind aber auch die Gas- und Metallpreise stark gestiegen. Dieser erhöhte Preisdruck bei wichtigen Rohstoffen spiegelt sich auch in weiterhin hohen Steigerungen der Produzentenpreise wider. So sind im Juni beispielsweise die Preise für Zwischengüter im Vergleich zum Vorjahr um 6,1% und die Preise für Kapitalgüter um 2,3% gestiegen. Nachdem in den USA die Inflation gemessen an den Verbraucherpreisen im Mai nochmals stark auf 4,2% gestiegen ist, ging sie im Juni und Juli leicht zurück, verharrt aber weiterhin über 3% und somit deutlich über dem Inflationsziel. Neben den Verbraucherpreisen verfolgt die Federal Reserve auch besonders die Preisentwicklungen der persönlichen Konsumausgaben. Dieser Index berücksichtigt auch Substitutionseffekte, also das veränderte Konsumverhalten in Reaktion auf Änderungen der relativen Preise. Nach den jüngsten Angaben des Bureau of

Economic Analysis liegt dieses Inflationsmaß im Juli um 3,7% über dem Vorjahresniveau und verharrt damit ebenfalls bereits seit April deutlich über 3%. Im Vereinigten Königreich schwankt die Inflationsrate ebenfalls um das 3%-Niveau. Auch in Japan ist die Teuerung über den Sommer leicht gestiegen, von 1,4% im April auf 1,9% im Juli.

Die Zentralbanken haben bisher unterschiedlich auf die erhöhten Inflationsraten reagiert. Die europäische Zentralbank und die Bank of Japan haben bereits im Juni ihre Zinsen um 25 Basispunkte erhöht. In Europa wird ein weiterer Zinsschritt für September erwartet. Im Vereinigten Königreich und den USA bleiben die Zinsen im bisherigen Jahresverlauf unverändert und für das Vereinigte Königreich erwarten die Märkte mehrheitlich, dass die Zinsen erst zum Ende des Jahres erneut angehoben werden. Für die USA hat sich diese Einschätzung nach der jüngsten Rede von Kevin Warsh beim Jackson Hole Symposium geändert, sodass die Märkte nun einen früheren Zinsanstieg für wahrscheinlich halten.

Die erhöhten Inflationsraten und die bisher ausbleibende Reaktion der Federal Reserve werden als ein Grund angesehen, warum die Renditen auf langfristige Staatsanleihen in den USA zuletzt so stark gestiegen sind. Zudem dürfte aber auch die erhöhte Staatsverschuldung ein wichtiger Faktor sein. Nach einer Analyse der Peterson Foundation (2026) machen die Zinskosten im Fiskaljahr 2026 nach Sozialausgaben und dem staatlichen Krankenversicherungsprogramm Medicare bisher den drittgrößten Posten im US-Haushalt aus und liegen damit knapp über dem Verteidigungsbudget. Dazu kommt die nach wie vor relativ hohe geopolitische Unsicherheit, die ebenfalls zu einem Anstieg der langfristigen Zinsen beiträgt.

Die US-Wirtschaft setzte ihren Wachstumskurs im ersten Halbjahr fort. Nach einem Anstieg von 0,5% im ersten Quartal hat das BIP im zweiten Quartal um 0,4% zugenommen. Die Expansion war in den beiden Quartalen jedoch von unterschiedlichen Seiten getrieben. Während im ersten Quartal noch die Investitionen ein Haupttreiber waren, ist der Beitrag im zweiten Quartal deutlich verhaltener ausgefallen. Insbesondere die im ersten Quartal starken Beiträge der Ausrüstungsinvestitionen, getrieben durch Investitionen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, sind zurückgegangen. Überraschend trug der private Konsum kräftig zum Anstieg des BIP bei, trotz erhöhter Inflation und obwohl der Konsumentenindex der Universität Michigan im Mai noch einen historischen Tiefstand verzeichnet hatte. Der negative Wachstumsbeitrag der Nettoexporte hat sich im zweiten Quartal ausgeweitet. So war der positive Beitrag der Exporte schwächer und der negative Beitrag der Importe stärker als im Vorquartal. Die Arbeitsmarktzahlen zeichnen weiterhin ein positives Bild, verlieren aber etwas an Dynamik. So sinkt die Arbeitslosenquote weiter und liegt im Juli bei 4,1%. Der Aufbau zusätzlicher Arbeitsplätze stagnierte allerdings zuletzt. Die Stimmungsindikatoren zeigen weiter nach oben. Der Einkaufsmanagerindex steigt seit April kontinuierlich und auch der Konsumentenindex ist nach einer vorläufigen Schätzung im Juli wieder stark gestiegen und liegt nun absehbar wieder auf einem ähnlichen Niveau wie zu Beginn des Jahres.

Nachdem die chinesische Wirtschaft im ersten Quartal um 1,2% gewachsen ist, war das Wachstum im zweiten Quartal schwächer. Der Zuwachs von 1,0% gegenüber dem Vorquartal war der schwächste Wert seit zwei Jahren. Die Profite in der Industrie sind zuletzt deutlich schwächer gestiegen. Nachdem sie über die erste Jahreshälfte um mehr als 18% gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben, betrug das Wachstum im Juli nur noch 11,2%. Auch die zuletzt starken Exporte sind im zweiten Quartal schwächer ausgefallen. Die Stimmungsindikatoren deuten derzeit eher auf ein schwächeres Wachstum im weiteren Jahresverlauf hin. Die Einkaufsmanagerindizes fallen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch im Verarbeitenden Gewerbe seit Mai dieses Jahres. Auch der private Konsum schwächelt.

Das BIP im Euro-Raum stagniert im ersten Quartal 2026, nachdem zunächst ein Rückgang von 0,2% berichtet wurde. Im zweiten Quartal hat das BIP im Euro-Raum um 0,4% zugenommen. Dabei war der wirtschaftliche Aufschwung breit angelegt. Spanien setzt mit einem BIP-Zuwachs von 0,7% auch in diesem Jahr den starken wirtschaftlichen Aufschwung aus dem vergangenen Jahr fort. Die deutsche und italienische Volkswirtschaft sind jeweils verhaltener um 0,2% gewachsen. Frankreich verzeichnete eine Stagnation im zweiten Quartal.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft bleibt somit weiterhin sehr volatil. Die einzelnen Länder hängen unterschiedlich stark von dem Konflikt im Iran und den damit einhergehenden Schwankungen des Ölpreises ab. Insgesamt gehen die verfügbaren Unsicherheits-Indizes über die letzten Monate allerdings zurück, obwohl die Weltwirtschaft nach wie vor von vielen geopolitischen Risiken beeinflusst wird. Aktuell deutet eine Einigung zwischen Oman und Iran auf einen gemeinsamen Schifffahrtskorridor an der Straße von Hormus auf eine Stabilisierung der Lage hin. Dennoch wird der Ölpreis über das gesamte Jahr hinweg auf einem hohen Niveau bleiben. So erwarten wir für dieses Jahr einen durchschnittlichen Preis von etwa 86 US-Dollar je Barrell. In den Folgejahren dürfte der Ölpreis weiter sinken, aber dennoch spürbar über dem Niveau des Jahres 2025 verharren.

Das starke Wachstum des Welthandels im ersten Quartal und zum Ende des zweiten Quartals treiben die Jahreswachstumsrate des Welthandels nach oben. Auch wenn mit einer Korrektur im dritten Quartal zu rechnen ist, insbesondere in den Schwellenländern, erwarten wir weiterhin einen moderaten Anstieg des Handels über den weiteren Jahresverlauf, sodass der Welthandel insgesamt mit über 5% im Jahresvergleich wachsen und damit die stabile Entwicklung des Vorjahres noch übertreffen wird.

Für die großen Volkswirtschaften erwarten wir dennoch ein schwächeres Wachstum als im Jahr 2025. Für die USA erwarten wir weiterhin 2% Wachstum im Jahr 2026. Zwar deuten die verfügbaren Stimmungsindikatoren auf ein gutes drittes Quartal hin, doch gleichzeitig steht die US-Wirtschaft neuen Abwärtsrisiken gegenüber: so ist es derzeit noch schwierig abzuschätzen, wie stark sich der neue Zoll-Streit mit Kanada auf den BIP-Verlauf auswirken wird. In China wird die Expansion in diesem Jahr schwächer ausfallen und auch in den nächsten Jahren unter dem 5%-Ziel bleiben. Wir erwarten ein Wachstum von um die 4,5% im laufenden und in den beiden Folgejahren (Tabelle 1).

Im Euro-Raum dürfte sich das moderate Expansionstempo weiterhin fortsetzen. Die Frühindikatoren deuten auf eine Verbesserung der Stimmung bei den Industrieunternehmen nach einer längeren Phase der Abschwächung hin. Eine nachlassende Unsicherheit in den Lieferketten stützt den Optimismus im Verarbeitenden Gewerbe und die Auswirkungen des Iran-Kriegs scheinen bislang eher gering zu sein.

Zusammenfassend entwickelt sich die Weltwirtschaft trotz anhaltender geopolitischer Spannungen überraschend positiv. Der Effekt der Schließung der Straße von Hormus auf die Weltwirtschaft ist im bisherigen Jahresverlauf schwächer ausgefallen als erwartet und die verfügbaren Indikatoren deuten auf keine eindeutigen Abwärtsrisiken hin. Dennoch ist Lage weiterhin durch erratische Entscheidungen, unter anderem von der US-Regierung, geprägt, wodurch die Dynamik schnell umschlagen könnte.

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2026 bis 2028; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2026[p]	2027[p]	2028[p]	2026[p]	2027[p]	2028[p]
Europa						
EU-27	1.1	1.5	1.4	2.8	2.5	2.3
Euro-Raum-21	0.9	1.4	1.2	2.7	2.3	2.1
Deutschland	1.0	1.0	0.7	2.7	2.6	2.0
Frankreich	0.5	1.0	1.1	2.2	2.2	1.9
Italien	1.0	1.1	1.0	2.4	2.1	2.0
Spanien	2.6	2.1	2.0	3.1	2.3	2.2
MOEL[1]	1.9	2.1	2.4	4.0	4.4	4.4
Vereinigtes Königreich	1.1	0.9	1.2	3.0	2.8	2.0
Russland	1.0	1.0	1.0	6.0	4.1	4.1
Amerika						
USA	2.0	1.8	1.9	3.5	2.9	2.2
Lateinamerika[2]	1.8	2.0	2.2			
Asien						
China ohne Hong Kong	4.5	4.2	4.4			
Japan	0.8	0.8	0.8	1.7	2.4	2.0
Sonstige Länder[3]	5.0	3.6	3.7			
Indien	6.7	6.4	6.6			
Insgesamt	**2.6**	**2.4**	**2.5**			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften[4]	1.5	1.6	1.6	3.1	2.7	2.2
Schwellenländer	4.2	3.8	4.0			
nachrichtlich:						
Welthandel[5]	**5.4**	**3.1**	**3.0**			
Rohölpreis (Brent, $/b)[6]	**86.7**	**78.8**	**74.3**			
Dollarkurs ($/€)[6]	**1.2**	**1.1**	**1.1**			

Eigene Berechnungen nach Angaben des IWF, von Eurostat und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit dem BIP in U.S. Dollar von 2024. – [p]: Prognose. – [1] MOEL: Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten: Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien. – [2] Brasilien, Mexiko, Argentinien. – [3] Korea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Hong Kong, Singapur, Malaysia, Philippinen. – [4] EU, USA, Vereinigtes Königreich und Japan. – [5] Nach Definition des CPB. – [6] Jahresdurchschnitte.

2. Kräftige Exporte treiben konjunkturelle Erholung in Deutschland im ersten Halbjahr

Die deutsche Wirtschaft expandierte im ersten Halbjahr überraschend kräftig. Nach einem Zuwachs des BIP von 0,4% im ersten Quartal expandierte es im zweiten um 0,3%. Getragen wurde die Erholung vor allem von den Exporten, die mit 2,4% im ersten und 2% im zweiten Quartal ausgeweitet wurden. Dies überrascht, da sich die Exporte zuvor von der weltwirtschaftlichen Entwicklung gelöst hatten und deutlich schwächer expandierten. Zudem traten mit dem Beginn des Iran-Krieges im Februar, der mit einer Schließung der Straße von Hormus und deutlich steigenden Rohölpreisen einherging, neue Belastungen des weltwirtschaftlichen Umfeldes auf. Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran ist nach wie vor nicht beigelegt, auch die Straße von Hormus ist nicht sicher befahrbar, sodass die Belastungen für den Handel und insbesondere die Lieferungen mit Öl und Gas weiterhin eingeschränkt sind.

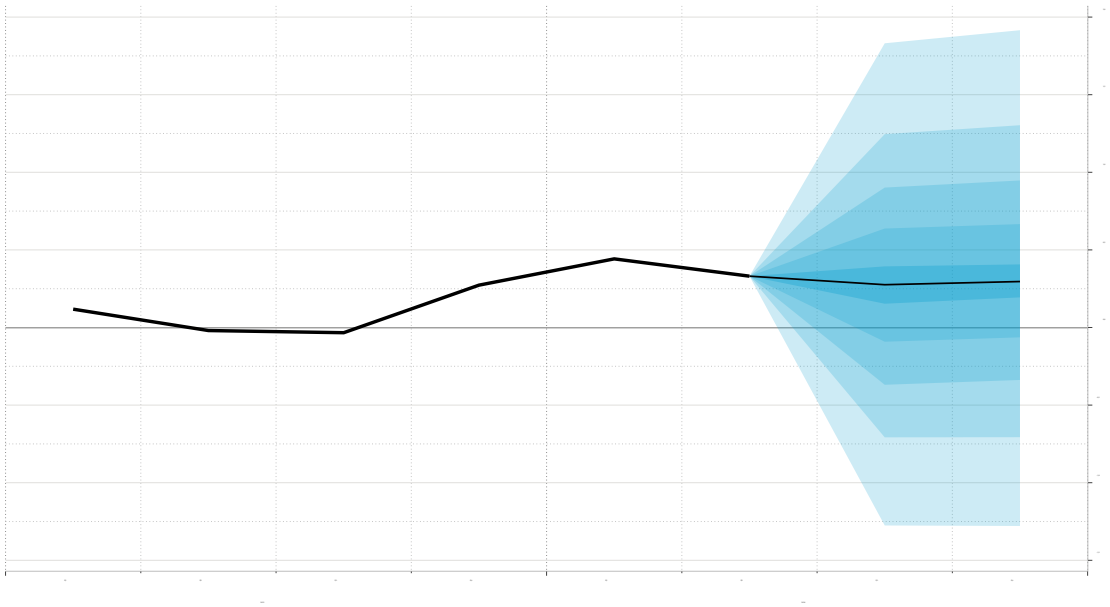
Der Großteil der ausländischen Nachfrage kam aus der EU. Dort war die Produktion im zweiten Quartal recht kräftig, was zu der hohen Nachfrage nach deutschen Waren beigetragen haben dürfte. Hierbei scheint es sich aber um einen kurzfristigen Effekt zu handeln. Wir erwarten, dass die Produktion im Euro-Raum in den kommenden Quartalen weniger stark expandiert als im zweiten, sodass sich auch die deutschen Exporte dorthin wieder abschwächen. Bei den Exporten in die USA zeichnet sich seit der Beruhigung des Handelsstreits eine Erholung ab. Bisher ist die Dynamik aber nicht sehr hoch. Insgesamt spricht dies dafür, dass die starken Exporte eher auf kurzfristige Faktoren als auf eine strukturelle Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen sind. Dies spricht dafür, dass die deutschen Exporte im zweiten Halbjahr weniger kräftig ausgeweitet werden als im ersten.

Neben den Exporten trug auch der öffentliche Konsum im ersten Halbjahr deutlich zum Anstieg des BIP bei. Hier machen sich die Ausgaben aus den Sondervermögen und die erweiterten Verschuldungsspielräume bemerkbar. Dagegen hat sich die private inländische Nachfrage weiterhin schwach entwickelt. Die privaten Haushalte leiden unter der erneut höheren Inflation und den schlechten Arbeitsmarktaussichten. Nach einem deutlichen Rückgang zu Jahresbeginn wurde der private Konsum im zweiten Quartal nur geringfügig ausgeweitet. Auch die private Investitionsnachfrage war ausgesprochen schwach. Zwar hat sich der Bau nach einem Rückgang zu Jahresbeginn stabilisiert. Die Ausrüstungsinvestitionen gehen dagegen in beiden Quartalen deutlich zurück.

Durch die Trockenheit und die hohen Temperaturen im Juli und August kamen weitere Belastungen für die deutsche Wirtschaft hinzu. Besonders sichtbar sind sie durch die niedrigen Pegelstände im Rhein und anderen deutschen Flüssen, die die Schifffahrt behindert haben. Frachtschiffe konnten nur noch wenig Ladung aufnehmen, um den Tiefgang zu verringern, sodass in der Chemie und der Stahlerzeugung aber auch in der Bauwirtschaft Vorprodukte fehlten. Inzwischen hat sich die Lage wieder etwas entspannt. Es ist aber davon auszugehen, dass die Engpässe das gesamte dritte Quartal anhalten werden.

Für das dritte Quartal deuten die Indikatoren darauf hin, dass das BIP weiter deutlich ausgeweitet wird. Das ifo Geschäftsklima und die Exporterwartung sind weiter gestiegen. Der Containerumschlag in den nordeuropäischen Häfen ist im Juli allerdings leicht gesunken. Der Nowcast, der eine Vielzahl von Indikatoren berücksichtigt, ergibt für das dritte und vierte Quartal einen Anstieg des BIP um jeweils 0,3% (Schaubild 4).

Schaubild 4
Modellprognose der BIP-Zuwachsrate
Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

3. Wirtschaftliche Erholung erreicht nur allmählich die privaten Haushalte

Im Prognosezeitraum dürfte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft fortsetzen. Dabei wird das Expansionstempo wohl im weiteren Prognoseverlauf wieder etwas nachlassen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sich die Exportdynamik wieder abschwächt. Zwar deuten die aktuellen Exporterwartungen darauf hin, dass die Exporte auch in der zweiten Jahreshälfte noch kräftig ausgeweitet werden. Die grundlegenden Probleme, wie die verringerte internationale Wettbewerbsfähigkeit, haben sich aber noch nicht grundlegend verringert.

Für eine Verlangsamung spricht auch, dass sich die Expansion des Welthandels wieder verlangsamt. Wir erwarten einen Rückgang der Wachstumsrate des Welthandels von 5,4% in diesem Jahr auf 3,0% im Jahr 2028. Die weltwirtschaftliche Expansion dürfte auch von weiterhin hohen Energiepreisen gebremst werden. Die Futurepreise für Öl der Sorte Brent zeigen einen Rückgang von 86,7 US-Dollar in diesem Jahr auf 74,3 US-Dollar im Jahr 2028.

Allerdings ist zu erwarten, dass die Zunahme der Auftragseingänge und die steigende Kapazitätsauslastung die Investitionsbereitschaft erhöhen. Dies dürfte sich vor allem auf die privaten Ausrüstungsinvestitionen auswirken. Die ungelösten strukturellen Belastungen, wie hohe Energiepreise und hohe bürokratische Hürden, sprechen gegen eine kräftige Erholung der Investitionen. Die höheren Zinsen dürften insbesondere die Bauinvestitionen etwas dämpfen. Angesichts der immer noch hohen Inflationsrate dürfte die EZB die Zinsen noch weiter erhöhen.

Die öffentlichen Investitionen steigen durch die Militärausgaben kräftig. Auch die öffentlichen Konsumausgaben werden zunächst weiter deutlich ausgeweitet, sodass im weiteren Prognoseverlauf der Konsolidierungsbedarf bei den öffentlichen Haushalten steigt. Die zunehmende Kapazitätsauslastung lässt erwarten, dass der Beschäftigungsabbau insbesondere in der Industrie allmählich nachlässt. Dies dürften einen positiven Effekt auf den privaten Konsum haben.

Insgesamt erwarten wir eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung (Schaubild 5). Für dieses Jahr gehen wir von einer Expansion des BIP um 1,3% aus, wobei 0,3 Prozentpunkte auf eine höhere Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind (Tabelle 2). Im kommenden Jahr dürfte das Expansionstempo mit einer durchschnittlichen Rate von 1,1% weiterhin hoch bleiben. Für das Jahr 2028 ist mit einer Verringerung des Expansionstempos auf eine Rate von 0,5% zu rechnen. Dabei ist der Kalendereffekt mit -0,2 Prozent deutlich negativ. Damit bleibt das Wirtschaftswachstum auch im Jahr 2028 stärker als das Potenzialwachstum von 0,3%. Die Produktionslücke schließt sich im kommenden Jahr und wird dann mit 0,6% in Relation zum Potenzialoutput im Jahr 2028 leicht positiv.

Tabelle 2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

2025 bis 2028; in %

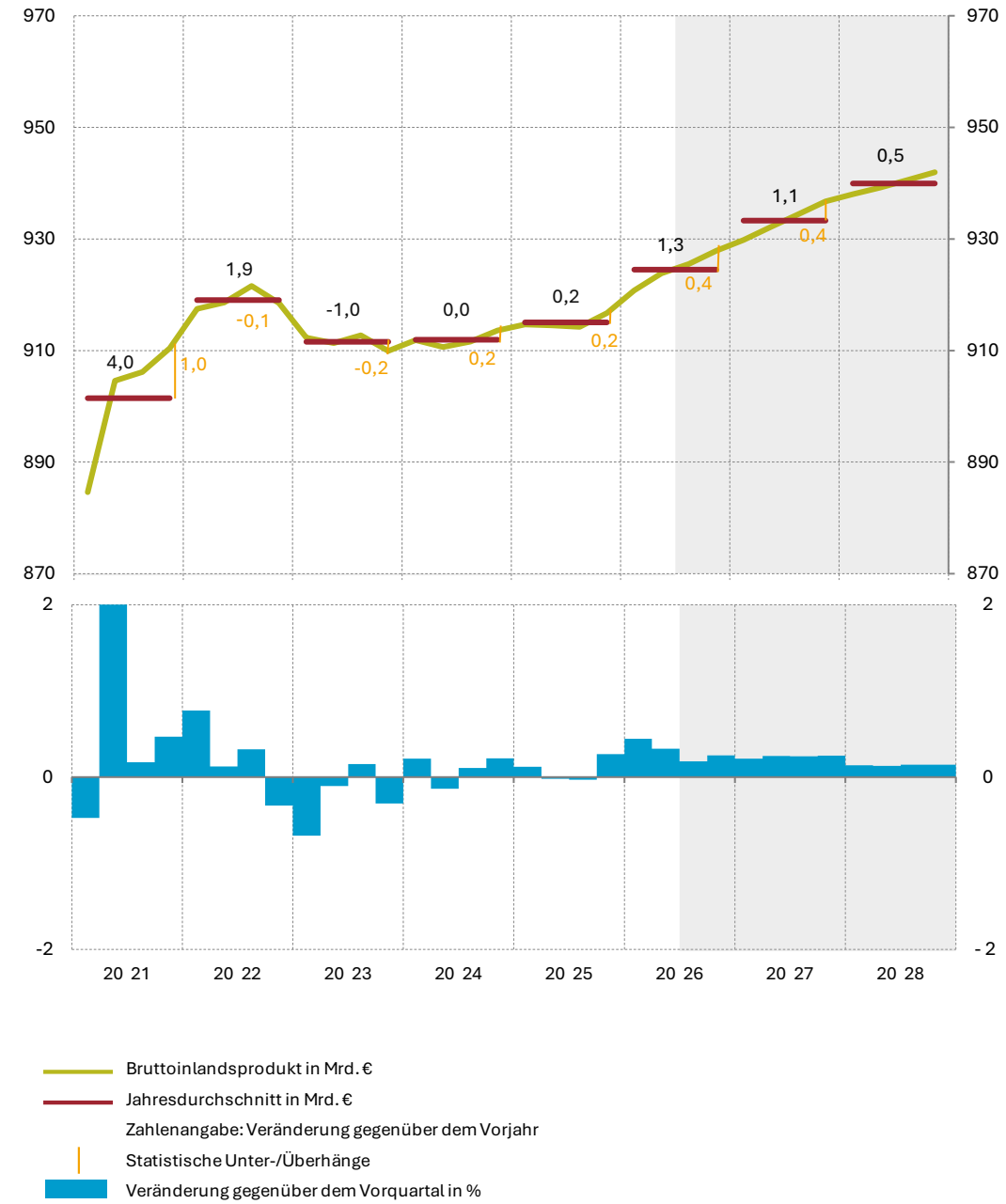
	2025	2026[p]	2027[p]	2028[p]
Statistischer Überhang[1]	0,2	0,2	0,4	0,4
Jahresverlaufsrate[2]	0,3	1,2	1,0	0,6
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	0,3	1,0	1,0	0,7
Kalendereffekt[3]	-0,1	0,3	0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	0,2	1,3	1,1	0,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – [1]Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – [2]Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – [3]In % des realen BIP.– [p]Eigene Prognose.

Schaubild 5

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2021 bis 2028; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem zweiten Quartal 2026 eigene Prognose.

3.1 Ausfuhren nach kräftigem Anstieg moderat aufwärtsgerichtet

Der deutsche Außenhandel hat sich im ersten Halbjahr kräftig entwickelt. Die Exporte stiegen um 2,1%. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere die starke Entwicklung der Warenexporte, die um 2,9% zunahmen, während die Dienstleistungsexporte leicht zurückgingen. Regional entwickelte sich dabei insbesondere der Handel mit den Partnerländern innerhalb der Europäischen Union positiv. Auch die Importe legten mit einer Rate von 2,1% deutlich zu. Dabei stiegen die Warenimporte um 3,8%, während die Dienstleistungsimporte um 1,8% zurückgingen.

Für das dritte Quartal ist mit einer Fortsetzung der positiven Dynamik im Außenhandel zu rechnen, allerdings mit deutlich geringeren Zuwachsraten. Die Exporte dürften um 0,4% zunehmen. Dabei erwarten wir einen Anstieg der Warenexporte um 0,5% und der Dienstleistungsexporte um 0,2%. Für eine weitere Ausweitung der Ausfuhren sprechen insbesondere die zuletzt kräftige Entwicklung der ifo Exporterwartungen sowie die gestiegenen Auftragseingänge aus dem Ausland. Auch die Importe dürften im dritten Quartal um 0,5% zulegen, wobei die Warenimporte voraussichtlich um 0,6% und die Dienstleistungsimporte um 0,3% steigen.

Im weiteren Prognoseverlauf ist eine Fortsetzung der Erholung des Außenhandels zu erwarten. Dabei dürften die Exporte von der moderaten Expansion des Welthandels profitieren. Die Importe werden im Zuge der sich verbessernden deutschen Binnennachfrage ausgeweitet. Gleichzeitig bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld durch protektionistische Maßnahmen und handelspolitische Spannungen belastet. Insgesamt dürften die Exporte im Jahr 2026 um 4,0%, im Jahr 2027 um 2,1% und im Jahr 2028 um 0,9% zulegen. Bei den Importen ist ein Anstieg von 3,0% im Jahr 2026, 2,1% im Jahr 2027 und 1,2% im Jahr 2028 zu erwarten (Tabelle 3).

Auch bei den Außenhandelspreisen hat die Dynamik im zweiten Quartal deutlich zugenommen. Die Exportpreise stiegen um 1,5%, die Importpreise sogar um 3,4%. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere die kräftige Preisentwicklung bei Energie und Waren im Rahmen des Iran-Konflikts. Da die Importpreise deutlich stärker zunahmen als die Exportpreise, verschlechterten sich die Terms of Trade zunächst spürbar. Im weiteren Prognoseverlauf dürfte die Preisdynamik bei den Importen jedoch wieder nachlassen. Insbesondere mit einer Entspannung bei den Energie- und Warenpreisen ist zu erwarten, dass die Importpreise schwächer zulegen. Gleichzeitig dürften die Exporteure einen Teil der zuvor gestiegenen Energie- und Vorleistungskosten zunehmend auf ihre Absatzpreise überwälzen können. Dadurch dürften sich die Terms of Trade nach ihrem vorübergehenden Rückgang im weiteren Prognoseverlauf wieder etwas erholen.

Tabelle 3
RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2026
2024 bis 2027, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026[p]	2027[p]	Änderung zum Juni 2026		
					2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt[1]	0,0	0,2	1,3	1,1	0,0	0,5	0,3
Verwendung[1]							
Konsumausgaben	2,1	1,4	1,1	0,9	0,0	-0,2	0,2
Private Haushalte[2]	1,4	1,3	0,4	0,5	0,0	0,1	0,4
Staat	3,9	1,7	2,9	2,0	0,2	-0,7	-0,2
Anlageinvestitionen	-2,1	-0,6	0,0	1,6	-0,4	-0,7	-0,3
Bauten	-2,4	-1,0	-1,1	1,2	-0,2	0,0	-0,1
Ausrüstungen	-4,7	-1,3	0,5	1,6	0,3	-1,6	-0,4
Sonstige Anlagen	2,8	1,7	2,3	2,8	-2,1	-0,9	-0,3
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	-0,6	0,7	0,0	0,0	0,0	0,4	0,1
Inländische Verwendung	0,5	1,8	0,8	1,0	0,0	0,1	0,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,5	-1,5	0,5	0,1	0,0	0,4	0,1
Ausfuhr	-1,7	-0,9	4,0	2,1	0,0	2,1	0,6
Einfuhr	-0,6	2,9	3,0	2,1	-0,2	1,2	0,5
Erwerbstätige[3], in 1000	45 960	45 878	45 686	45 697	-99,0	-134,6	-149,5
Arbeitslose[4], in 1000	2 787	2 948	2 994	2 916	0,0	-4,6	-9,4
Arbeitslosenquote[5], in %	6,0	6,3	6,4	6,6	0,0	0,0	0,4
Verbraucherpreise[6]	2,3	2,2	2,7	2,6	0,0	-0,4	-0,3
Lohnstückkosten[7]	5,3	4,4	2,3	2,3	-0,3	-0,3	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates[8]							
in Mrd.€	-121,1	-136,5	-190,0	-227,8	-12,9	-17,2	-17,7
in % des nominalen BIP	-2,8	-3,0	-4,0	-4,7	-0,2	-0,3	-0,3
Leistungsbilanzsaldo[9]							
in Mrd.€	255,1	202,1	206,1	222,6	0,0	2,2	3,8
in % des nominalen BIP	5,8	4,5	4,4	4,6	0,0	0,0	0,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – [1]Preisbereinigt. – [2]Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [3]Im Inland. – [4]Nationale Abgrenzung. – [5]Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – [6]Verbraucherpreisindex. – [7]Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – [8]In der Abgrenzung der VGR. – [9]In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – [10]In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. – [p]Prognose.

3.2 Ausrüstungsinvestitionen weiterhin von staatlicher Nachfrage geprägt

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen im zweiten Quartal um 1,4% zurück. Maßgeblich hierfür waren die privaten Ausrüstungsinvestitionen, die nach einem kräftigen Anstieg im ersten Quartal, im zweiten Quartal um 1,8% sanken. Die im Zuge des Iran-Kriegs deutlich gestiegenen Energiepreise dürften dabei die Investitionsneigung der Unternehmen belastet haben. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich hingegen weiterhin positiv und legten im ersten Quartal um 1,6% zu.

Für die zweite Jahreshälfte zeichnet sich eine nur zögerliche Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen ab. Die Auftragseingänge stiegen im Mai und Juni zwar an, ein nachhaltiger Aufwärtstrend ist bislang jedoch nicht zu erkennen. Eine Ausnahme bildet der Maschinenbau, wo die Auftragseingänge im Juni deutlich über dem längerfristigen Trend lagen. Daneben hat sich auch die

Stimmung bei den Investitionsgüterherstellern zuletzt verbessert. Die Geschäftslage erreichte im August erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder den positiven Bereich und auch die Kapazitätsauslastung nahm zu. Die Geschäftserwartungen gaben nach dem kräftigen Anstieg im Juli im Folgemonat allerdings wieder etwas nach.

Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Ausrüstungsinvestitionen allmählich ausgeweitet werden. Dabei ist davon auszugehen, dass die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen weiterhin deutlich stärker zunehmen als die privaten. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um 0,5% steigen. Für 2027 und 2028 werden Zuwächse von 1,6% bzw. 0,9% erwartet.

Bei den Investitionen in sonstige Anlagen zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Hier dürften allerdings wie schon in der Vergangenheit die privaten Investitionen etwas stärker ausgeweitet werden als die Öffentlichen. Insgesamt werden Zuwächse von 2,3% im laufenden Jahr, 2,8% im Jahr 2027 und 2,7% im Jahr 2028 erwartet.

3.3 Bauinvestitionen mit Witterungseffekten auch im Sommer

Die Bauinvestitionen stiegen im zweiten Quartal lediglich um 0,1%. Dabei entwickelte sich die Bautätigkeit in den einzelnen Bereichen aber weiterhin unterschiedlich. Während die öffentliche Bautätigkeit ausgeweitet wurde, gingen die privaten Bauinvestitionen zurück. Besonders kräftig legten die Investitionen im öffentlichen Nichtwohnungsbau mit 5,5% zu. Zugleich erhöhten sich die Baupreise im zweiten Quartal um 2,7% und damit vergleichsweise deutlich.

Für die zweite Jahreshälfte ist mit einer leichten Belebung der Bauinvestitionen zu rechnen. Hierfür sprechen insbesondere die seit April aufwärtsgerichteten Geschäftserwartungen. Auch die in der ifo Umfrage erfasste Bautätigkeit nahm im August etwas zu. Die Baubehinderungen gingen im Juli und August zwar zurück, liegen aber weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Als wichtigstes Hemmnis wird nach wie vor der Mangel an Aufträgen genannt. Im August kamen zudem witterungsbedingte Beeinträchtigungen hinzu. Diese treten üblicherweise vor allem in den Wintermonaten auf. Die zunehmende Häufigkeit trockener und heißer Sommer im Zuge der Klimakrise könnte jedoch dazu beitragen, dass witterungsbedingte Beeinträchtigungen auch während der Sommermonate an Bedeutung gewinnen. Auch die Auftragseingänge entwickelten sich zuletzt günstiger. Sie stiegen im Juni den dritten Monat in Folge. Die stärkste Dynamik verzeichnete dabei weiterhin der Tiefbau. Im Wohnungsbau bewegten sich die Auftragseingänge dagegen weitgehend seitwärts.

Für den weiteren Prognosezeitraum dürfte die unterschiedliche Entwicklung zwischen den Teilbereichen des Baugewerbes anhalten. Zwar stiegen die Baugenehmigungen im Juni nach Angaben der Bundesbank, der Zuwachs war jedoch ausschließlich auf den öffentlichen Bereich zurückzuführen. Die Genehmigungen für Wohn- und Wirtschaftsbauten gingen dagegen zurück. Auch die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten ist seit rund einem Jahr weitgehend seitwärtsgerichtet. Die zuletzt gestiegenen Zinsen dürften die private Bautätigkeit zusätzlich dämpfen. Selbst bei einer Stabilisierung der privaten Nachfrage dürften Kapazitätsengpässe einer kräftigeren Ausweitung der Bauinvestitionen entgegenstehen.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr im laufenden Jahr um 1,1% zurückgehen. Für 2027 ist mit einem Anstieg um 1,2% und für 2028 um 0,3% zu rechnen. Dabei dürfte der öffentliche Nichtwohnungsbau die dynamischste Entwicklung aufweisen. Nach einem Rückgang um 0,5% im laufenden Jahr werden hier Zuwächse von 3,7% im Jahr 2027 und 0,7% im Jahr 2028 erwartet. Der Wohnungsbau dürfte demgegenüber die schwächste Entwicklung verzeichnen.

3.4 Verhaltener Anstieg des privaten Konsums

Nachdem der private Konsum im ersten Quartal 2026 deutlich zurückgegangen war, stieg er im zweiten Quartal wieder moderat an. Ausgebremst wird der Konsum weiterhin von einem krisengeplagten geopolitischen Umfeld, das sich negativ auf die Konjunkturerwartungen auswirkt und die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte senkt. Zudem sind die Arbeitsmarktbedingungen nach wie vor schlecht, sodass die damit verbundene Einkommensunsicherheit den Kosum zusätzlich belastet.

Die Aussichten des Konsumklimas haben sich für den September leicht verbessert. Zuletzt haben sich laut GfK-Konsumklimaindex insbesondere die Konjunktur- und die Einkommenserwartungen der Konsumenten gesteigert. Darüber hinaus fällt die Sparneigung aktuell etwas geringer aus als in den Vormonaten. Jedoch zeigen die Einzelhandelsumsätze noch keine deutliche Verbesserung an.

Der Anstieg des privaten Konsums dürfte sich also in ähnlichem Tempo wie im vergangenen Quartal fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt ist mit einer Erhöhung um 0,2% zu rechnen. Eine drastische Verbesserung der Rahmenbedingungen ist jedoch im Prognosehorizont nicht zu erwarten. Die real verfügbaren Einkommen dürften nur in einem überschaubaren Maß zunehmen. Deshalb ist auch im kommenden Jahr nicht mit einer Beschleunigung des Konsums der privaten Haushalte zu rechnen. Insgesamt dürfte der Zuwachs im Jahresdurchschnitt bei 0,4% liegen. Zu Beginn des Jahres 2028 schlägt dann voraussichtliche ein spürbarer Anstieg der Abgabenquote zu Buche und wirkt vorübergehend dämpfend auf die verfügbaren Einkommen und damit auf den Konsum. Somit dürfte der Konsum im Jahr 2028 nur um 0,2% steigen.

3.5 Staatskonsum mit abnehmender Dynamik

Der Staatkonsum dürfte in realer Rechnung im laufenden Jahr um 2,9% expandieren. Der kräftige Zuwachse resultiert aus Steigerungen der Vorleistungskäufe im Bereich Militär sowie aus solchen, die mit der allgemein erhöhten staatlichen Investitionstätigkeit einhergehen. Zudem sorgen der demografische Wandel sowie steigende Kosten im Gesundheitssektor für einen kräftigen Aufwuchs bei den sozialen Sachleistungen. Dieser dürfte in den Jahren 2027 und 2028 aufgrund ausgabenreduzierender Reformen in den Bereichen Pflege und Gesundheit deutlich geringer ausfallen, sodass die Zuwachsraten des Staatskonsums nur mehr 2,0% und 1,5% betragen dürften.

4. Kräftige Erholung im Verarbeitenden Gewerbe

Die Bruttowertschöpfung wurde im ersten Halbjahr dieses Jahres kräftig ausgeweitet und setzt damit die Entwicklung vom Ende des Vorjahres fort. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Produktion deutlich belebt und wurde im zweiten Quartal mit 0,9% ausgeweitet (Tabelle 4). Insbesondere die Herstellung chemischer Erzeugnisse und elektrischer Ausrüstungen nahmen im vergangenen Quartal zu. Aber auch viele Dienstleistungsbereiche entwickelten sich stärker als zuvor, wenngleich erhöhte Inflationsraten und die anhaltende Schwächephase des Arbeitsmarktes das Expansionstempo bremsten. Die Bruttowertschöpfung in den Bereichen Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den Öffentlichen Dienstleistern legte um jeweils 0,6% zu. Einzig die Finanz- und Versicherungsdienstleister nahmen im Vergleich zum Vorquartal um 0,8% ab.

Die kurzfristigen Aussichten auf eine Fortsetzung der Erholung in der Industrie sind gemischt. Einerseits wird die Geschäftslage inzwischen deutlich positiver bewertet als noch am Ende des ersten Quartals. Außerdem gab es im Juni einen leichten Anstieg inländischer Aufträge.

Andererseits setzte sich der Rückgang ausländischer Aufträge seit April fort, was nahelegt, dass es sich bei dem erhöhten Auftragsvorkommen im März lediglich um Vorzieheffekte im Zuge des Iran-Krieges handelte. Zusätzlich beeinträchtigen die Niedrigwasserstände auf den Flüssen im August, vor allem auf dem Rhein, die Lieferung von Vorprodukten. Die Einschränkungen der Binnenschifffahrt betreffen insbesondere die Bau-, Chemie- und Stahlindustrie, aber auch landwirtschaftliche Betriebe. Zwar können Unternehmen, die vom Verkehr auf den Wasserstraßen abhängen, Transporte kurzfristig auf die Straße verlagern, dies dürfte jedoch mit höheren Transportkosten einhergehen. Diese Faktoren dürften die Produktion im Produzierenden Gewerbe im dritten Quartal belastet haben. Im Herbst dürften sich die Pegelstände wieder normalisieren.

Im weiteren Prognosezeitraum ist für das Verarbeitende Gewerbe gravierender, dass die Auslandsnachfrage nachlässt, sodass sich die Erholung der Produktion wieder abschwächt. Zudem dürfte ein nachlassendes Expansionstempo des öffentlichen Konsums zu einer geringeren Zunahme der Wertschöpfung Öffentlicher Dienstleister beitragen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich die erhöhten Inflationsraten dämpfend auf eine Ausweitung der Nachfrage nach konsumnahen Dienstleistungen auswirken. Im Baugewerbe dürften zu erwartende Zinssteigerungen die Expansionsdynamik dämpfen.

Insgesamt erwarten wir für die Bruttowertschöpfung in diesem Jahr einen Anstieg von 1,1%. In den beiden Folgejahren dürfte sich der Zuwachs auf 0,8% bzw. 0,4% abschwächen. Für die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erwarten wir zunächst eine deutlich stärkere Erholung von 1,9% in diesem und 2,1% im kommenden Jahr. Im Jahr 2028 dürfte sich der Zuwachs auf 0,8% verringern.

Tabelle 4

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

2026 bis 2027; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,3	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,3	0,7	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,4	0,9	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,6	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Baugewerbe (F)	-0,6	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Information und Kommunikation (J)	1,1	0,6	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,4	-0,8	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,4	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,3	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Weitere Quartals- und Jahreswerte finden sich im Anhang. – [1]Saison- und kalenderbereinigte Werte.

5. Erheblicher Beschäftigungsabbau im ersten Halbjahr

Der deutliche Rückgang der Erwerbstätigen, der vergangenes Jahr begann, setzte sich im ersten Halbjahr 2026 unvermindert fort. Seit Jahresbeginn ist die Beschäftigung um ca. 100 Tsd. Personen geschrumpft. Die Hauptgründe dafür sind eine geringe Arbeitsnachfrage der Unternehmen sowie die Alterung der Gesellschaft. Demnach gab es zuletzt zwar nur wenig Veränderung bei der Arbeitslosigkeit, aber deutliche Einbußen in der Erwerbstätigkeit – vor allem bei

ausschließlich geringfügig Beschäftigten und Selbstständigen. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hingegen kam der Rückgang nach aktuellen Monatswerten zum Erliegen.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Arbeitsmarkt mit verlangsamtem Tempo fortsetzen. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer, der Stellenindex BA-X und die gemeldeten Arbeitsstellen stagnieren seit mehreren Monaten und lediglich das ifo Beschäftigungsbarometer verbesserte sich zuletzt. Jahresdurchschnittlich ist im laufenden Jahr daher mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um fast 200 Tsd. zu rechnen.

Erst im kommenden Jahr dürfte dann mit fortlaufender konjunktureller Erholung auch wieder Beschäftigung aufgebaut werden. Jedoch wirkt die Demografie weiter bremsend: Den zahlreichen Renteneintritten stehen deutlich weniger junge neue Erwerbstätige entgegen und auch die Zuwanderung kann dieses Defizit nicht weiter auffangen. Somit ist zwar mit einem leichten Beschäftigungszuwachs im Jahr 2027 zu rechnen, der sich aus dem Abbau der Arbeitslosigkeit ergibt. Jedoch dürfte zum Jahreswechsel 2027/2028 allmählich ein Wendepunkt beim Anstieg der Erwerbstätigkeit erreicht sein und das Tempo des Beschäftigungsaufbaus sich im Verlauf des Jahres 2028 deutlich verlangsamen.

Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Anstieg der Erwerbstätigen um gut 10 Tsd. Personen im kommenden Jahr, gefolgt von weiteren knapp 130 Tsd. im Jahr darauf. Die Arbeitslosenquote dürfte Ende des Jahres 2028 bei 5,7% liegen (Tabelle 5).

Tabelle 5
Arbeitsmarktbilanz
2022 bis 2028; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2022	2023	2024	2025	2026	2027[P]	2028[P]
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	**61.501**	**61.603**	**61.817**	**61.309**	**61.253**	**61.322**	**61.263**
Erwerbstätige Inland	**45.622**	**45.909**	**45.960**	**45.878**	**45.686**	**45.697**	**45.825**
Erwerbstätige Inländer	**45.461**	**45.754**	**45.802**	**45.725**	**45.537**	**45.548**	**45.676**
Selbständige	3.880	3.811	3.740	3.665	3.611	3.588	3.572
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit[1]	18	20	22	21	25	29	34
Arbeitnehmer (Inland)	41.742	42.099	42.220	42.213	42.076	42.109	42.253
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34.507	34.790	34.934	34.963	34.906	34.961	35.098
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.125	4.198	4.180	4.121	3.693	3.654	3.639
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	**3.185**	**3.448**	**3.577**	**3.627**	**3.653**	**3.558**	**3.346**
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2.418	2.609	2.787	2.948	2.994	2.916	2.726
Aktivierung und berufliche Eingliederung	161	155	147	128	154	158	158
Berufliche Weiterbildung	171	184	210	228	234	234	226
„Ein-Euro-Jobs“	92	85	73	59	61	65	69
Gründungszuschuss	16	17	20	20	23	28	33
Kurzarbeiter	426	241	298	297	283	283	283
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)[2]	3.346	3.522	3.664	3.719	3.746	3.652	3.439
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote[3]	5,3	5,7	6,0	6,3	6,4	6,2	5,8
Erwerbslosenquote[4]	2,9	2,8	3,2	3,5	3,7	3,6	3,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -[1]Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -[2]Vollzeitäquivalente. -[3]Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -[4]Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -[P]Eigene Prognose, Angaben gerundet.

6. Effektivverdienste steigen spürbar an

Für das laufende Jahr zeichnet sich bei den Tarifverdiensten ein moderater Anstieg ab, der nur zu geringen realen Zuwächsen führt. Dieser Trend dürfte sich in Anbetracht der zuletzt getroffenen Tarifvereinbarungen auf absehbare Zeit fortsetzen. Die Effektivverdienste hingegen sind – wie im Vorjahr – auch im ersten Halbjahr 2026 stark gestiegen. Dementsprechend ließ sich eine außergewöhnlich hohe positive Lohndrift beobachten. Diese lässt sich anhand der konjunkturellen Lage nur schwer erklären. Einen Beitrag könnten hohe Abfindungszahlungen geleistet haben, die aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen einiger Unternehmen angefallen sind. In den kommenden Jahren dürfte sich die Lohndrift also wieder normalisieren und auf einem leicht positiven Niveau einpendeln.

Auf die Jahre gerechnet ergeben sich Tariflohnerhöhungen von 2,6% (2026), 2,8% (2027) und erneut 2,8% (2028). Parallel dazu ist bei den Effektivverdiensten mit Anstiegen von 4,0% (2026), 3,2% (2027) und 3,1% (2028) zu rechnen, was solide Reallohnsteigerungen bedeuten dürfte.

7. Kerninflation bislang unberührt vom Irankrieg

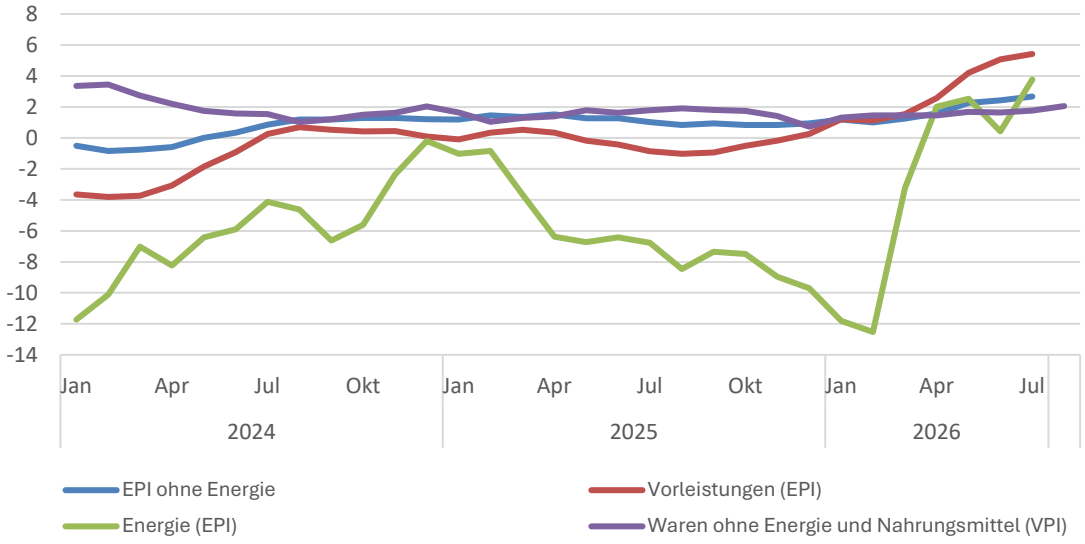
Die Teuerung ist weiterhin stark von den Auswirkungen des Irankriegs geprägt. Die kriegsbedingten Turbulenzen an den Rohstoffmärkten sowie die zwischenzeitliche Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe haben zu starken Bewegungen bei den Energiepreisen geführt. Während die Energiepreise im August weit oberhalb der Vorjahrespreise lagen, bleiben Zweitrundeneffekte noch nahezu vollständig aus. Die Teuerungsrate des Gesamtindex ohne Energie lag seit dem Ausbruch des Krieges bei durchschnittlich 2,2%. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die für die Produktion besonders wichtigen Gas- und Strombezugskosten – anders als die Kraftstoffkosten – aufgrund langfristig angelegter Lieferverträge nur graduell auf die Unternehmen durchwirken. Schaubild 6 zeigt jedoch, dass die Preise der Vorleistungsgüter bereits beschleunigt steigen und auch die Erzeugerpreise ohne Energie mittlerweile positive Wachstumsraten aufweisen.

Es ist also damit zu rechnen, dass auch die Kerninflation vor Ende des Jahres wieder Fahrt aufnimmt. Die Dienstleistungsinflation – sie betrug im August wahrscheinlich 2,8% – dürfte ihren leicht fallenden Trend zunächst fortsetzen, während die Warenpreise früher auf die erhöhten Energiepreise reagieren werden. Insgesamt wird für Jahr 2026 eine Inflationsrate von 2,7% erwartet, wobei die Kerninflation mit 2,6% darunter liegen dürfte.

Für das Jahr 2027 wird auf Basis der Markterwartungen angenommen, dass die Energiekomponente erneut dämpfend wirkt. Die globale Düngerknappheit sowie die schwierigen Erntebedingungen infolge des El-Niño-Jahres dürften dagegen preistreibend bei Nahrungsmitteln wirken. Die verzögerten Auswirkungen des Energiepreisschocks dürften dazu führen, dass die Kerninflation mit 3,4% deutlich oberhalb der Inflationsrate von 2,6% liegt.

Zu Beginn des Jahres 2028 tritt in Deutschland das europäische Emissionshandelssystem ETS 2 zur Bepreisung von Brennstoffen in den Sektoren Gebäude und Verkehr in Kraft. Da der Preisstabilitätsmechanismus die Freigabe zusätzlicher Zertifikate vorsieht, sobald der Durchschnittspreis von 45 Euro je Tonne in Preisen des Jahres 2020 über zwei Monate überschreitet, wird für die Projektion ein Einführungspreis in dieser Größenordnung unterstellt. Da er damit unterhalb des nationalen Preiskorridors liegt, wirkt der Übergang zum ETS 2 leicht dämpfend. Der Mechanismus stellt allerdings keine Preisobergrenze dar; die Risiken für diese Annahme sind nach oben gerichtet. Insgesamt dürfte die Inflationsrate im Jahr 2028 auf 2% zurückgehen, für die Kerninflation ist ebenfalls ein Rückgang zu erwarten, mit 2,7% bleibt sie aber noch erhöht.

Schaubild 6
Entwicklung von ausgewählten Komponenten der Erzeuger und Verbraucherpreisen
Januar 2024 bis Juli bzw. August 2026, Veränderung zum Vorjahresmonat in %.



Eigene Darstellung nach Angaben des statistischen Bundesamts, rechte Achse Erzeugerpreise der Energie.

8. Staatliche Defizite werden deutlich ausgeweitet

Die Finanzpolitik dürfte im Prognosezeitraum deutlich expansiv ausgerichtet bleiben (Tabelle 6). Die staatlichen Ausgaben steigen im Jahr 2026 voraussichtlich um 5,5% und damit erheblich stärker als die Einnahmen, die lediglich um 3,4% zunehmen. Auch in den beiden Folgejahren übertrifft der Ausgabenzuwachs mit jeweils knapp 5% den Anstieg der Einnahmen. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich daher von −136 Mrd. Euro im Jahr 2025 auf rund −190 Mrd. Euro im Jahr 2026 verschlechtern. Für die Jahre 2027 und 2028 ist mit einer weiteren Ausweitung des Defizits auf 228 bzw. 252 Mrd. Euro zu rechnen.

Auf der Ausgabenseite machen sich insbesondere die höheren Aufwendungen für Verteidigung und Infrastruktur bemerkbar. Die zusätzlichen Verteidigungsausgaben schlagen sich sowohl in den staatlichen Investitionen als auch in den Vorleistungskäufen nieder. Hinzu kommen steigende Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie aus dem Klima- und Transformationsfonds, die insbesondere die Investitionen und Vermögenstransfers erhöhen. Die Vermögenstransfers nehmen daher im gesamten Prognosezeitraum kräftig zu. Bei den Bruttoinvestitionen zeigt sich der fiskalische Impuls aufgrund gegenläufiger Entwicklungen zunächst nur wenig; nach einer annähernden Stagnation im Jahr 2026 nach einem sehr starken Zuwachs im Vorjahr steigen sie 2027 um 9% und 2028 um gut 6%.

Die Arbeitnehmerentgelte des Staates dürften insbesondere ab dem Jahr 2027 kräftig expandieren. Neben den regulären Tarif- und Besoldungsanpassungen wirken dabei voraussichtlich Anpassungen der Beamtenbesoldung infolge der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Zudem dürften Nachzahlungen vorübergehend zu zusätzlichen Ausgaben führen. Insgesamt steigen die Arbeitnehmerentgelte in den Jahren 2027 und 2028 jeweils um etwa 7½%. Auch die Vorleistungskäufe nehmen im Prognosezeitraum mit Raten von knapp 5% recht kräftig zu.

Tabelle 6

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2026	2027	2028
Einnahmen der Gebietskörperschaften[2]			
Luftverkehrsabgabe	-0,2	-0,2	0,0
Einnahmen Emissionshandel (BEHG)	3	0,0	0
Plastikabgabe	0,0	1,4	0,0
Anhebung Lkw-Maut	0,2	0,0	0,0
befristete Energiesteuersenkung auf Kraftstoffe	-1,6	1,6	0,0
Jahressteuergesetz 2026	0,0	-0,1	-0,3
Tabaksteueränderungsgesetz 2026	0,0	0,8	0,8
Einkommensteuerreform 2027/28	0,0	-5,6	-4,2
Abgabe auf zuckergesüßte Getränke	0,0	0,0	0,5
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-13,50	-12,00	-13,00
Einnahmen der Sozialversicherungen			
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz – zusätzliche Einnahmen	0,0	4,3	1,4
Pflegeneuordnungsgesetz – zusätzliche Beitragseinnahmen	0,0	3,9	0,5
Beitragssatz Rentenversicherung 18,6 → 19,9 %	0,0	0,0	22
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Verteidigungsausgaben	-6	-10	-10
Startchancenprogramm Schulen	-0,5	-0,3	-0,3
Digitalpakt Schule – Altprogramm	0,6	0,0	0,0
BAföG-Änderungen	0,0	-0,3	0,0
Kindergeld-Erhöhung – bisheriges Gesetz	-0,9	0,0	0,0
Netzentgelt-Subventionen	-6,5	1	0,0
Industriestrompreis	0,0	-2,5	0,0
Abschaffung Gasspeicherumlage	3,1	0,0	0,0
Sondervermögen KTF ohne Netzentgelt/Industriestrompreis	-2,3	-0,4	
Mehrausgaben SVIK	-12	-10	-10
Zusätzliche Hilfen für die Ukraine	-2,8	0	0
Beamtenbesoldung	-1,5	-5	-0,5
Ausgaben der Sozialversicherung			
Entbudgetierung Hausärzte/Hausarztversorgung	-0,4	0,0	0,0
Frühstartrente	0,0	-0,2	0
Auslaufen der Verlängerung der Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	0,0	0,3	0,0
Krankenhausreform	-0,2	-0,2	-0,2
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	-0,2	-0,3	0,0
Sparpaket Krankenkassen 2026	2	-2	0,0
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz – Minderausgaben	0,0	14,8	5,1
Pflegeneuordnungsgesetz – Minderausgaben	0,0	5,2	5,8
Mütterrente III	0,0	0	-10
Insgesamt	-34,7	-15,80	-12,4
In Relation des BIP in Prozent	-0,7%	-0,3%	-0,2%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWIs - [1]Ohne makroökonomische Rückwirkungen, [2]Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr

Die monetären Sozialleistungen expandieren weiterhin deutlich. Im Jahr 2026 tragen hierzu unter anderem die bereits beschlossenen Leistungsausweitungen bei. Ab 2027 kommen zusätzliche Rentenleistungen, darunter die Mütterrente III, hinzu. Dämpfend wirken dagegen einzelne Reformen in der Grundsicherung und der Pflegeversicherung. Besonders ausgeprägt sind die gegenläufigen Effekte bei den sozialen Sachleistungen. Während diese im Jahr 2026 noch um knapp 6% steigen, verlangsamt sich ihr Zuwachs in den Folgejahren deutlich. Hier machen sich die vorgesehenen Einsparungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Maßnahmen der Pflegereform bemerkbar. Die Subventionen steigen 2026 vor allem infolge der staatlichen

Bezuschussung der Stromnetzentgelte deutlich. Im Jahr 2027 kommen die Aufwendungen für den Industriestrompreis hinzu, während sich der weitere Anstieg der Subventionen anschließend merklich abschwächt.

Auf der Einnahmenseite entwickeln sich die Steuereinnahmen vergleichsweise verhalten. Sie nehmen in den Jahren 2026 bis 2028 jeweils nur um knapp 3% zu. Dabei werden die grundsätzlich steigenden Bemessungsgrundlagen durch umfangreiche steuerliche Entlastungen gedämpft. Wir gehen davon aus, dass ab 2027 weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer einschließlich der Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibetrag realisiert werden. Dem stehen unter anderem Mehreinnahmen aus Änderungen bei der Tabakbesteuerung und weiteren Einzelmaßnahmen gegenüber.

Kräftiger steigen die Einnahmen aus Sozialbeiträgen. Nach einem Zuwachs von 4,7% im Jahr 2026 beschleunigt sich ihr Anstieg auf 5,0% im Jahr 2027 und 6,6% im Jahr 2028. Dazu tragen neben der allgemeinen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung insbesondere die Maßnahmen zur Stabilisierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei. Diese verbreitern unter anderem die Beitragsbemessungsgrundlagen und erhöhen die Beitragsbelastung von Minijobs. Im Jahr 2028 kommt voraussichtlich ein deutlicher Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung hinzu. Die zusätzlichen Beitragseinnahmen reichen jedoch nicht aus, um die weiterhin kräftig steigenden Ausgaben zu kompensieren. Insgesamt bleibt die Finanzpolitik somit über den gesamten Prognosezeitraum expansiv, wenngleich die beitragsseitigen Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2027 und 2028 zunehmend gegensteuern.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte von knapp 63% Ende 2025 auf gut 69% zum Ende des Jahres 2028 steigen.

Auch ausweislich der Saldenmethode ist die Finanzpolitik im gesamten Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet (Tabelle 7). Im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen gehen die expansiven Impulse im Laufe des Prognosezeitraums zurück.

Tabelle 7

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw, des Produktionspotenzials,

	2024	2025	2026[p]	2027[p]	2028[p]
Finanzierungssaldo des Staates	-2,8	-3,0	-4,0	-4,6	-5,0
-Konjunkturkomponente[1]	-0,7	-0,7	-0,2	0,2	0,3
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	-2,1	-2,3	-3,8	-4,9	-5,3
-Einmaleffekte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,1	-2,3	-3,8	-4,9	-5,3
+Zinsausgaben	1,0	1,1	1,1	1,2	1,2
=struktureller Primärsaldo	-1,1	-1,2	-2,7	-3,7	-4,1

[1]Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,504. [p] Eigene Prognose. Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial nach MODEM.

9. Risiken

Die Risiken für die konjunkturellen Entwicklung erscheinen derzeit weniger gewichtig als noch im Sommer. Dies liegt vor allem daran, dass die Wirtschaft robuster erscheint als im Sommer erwartet. Die Risiken selbst haben kaum abgenommen.

Ein wesentliches Risiko besteht in einer erneuten Verschärfung geopolitischer Spannungen am Persischen Golf. Die Region ist für die weltweite Versorgung mit Rohstoffen, insbesondere mit Erdöl und Erdgas, von großer Bedeutung. Eine Eskalation könnte daher zu Unsicherheiten über die Verfügbarkeit und den Transport von Rohstoffen führen. In der Folge könnten die Rohstoffpreise stärker schwanken oder dauerhaft auf einem höheren Niveau bleiben. Gleichzeitig könnten erneut Lieferketten unterbrochen oder beeinträchtigt werden. Besonders betroffen wären energieintensive Industrien und Unternehmen, die auf internationale Zulieferer angewiesen sind. Dadurch könnten Inflation, Produktionsausfälle und wirtschaftliche Unsicherheit stärker ausfallen als in der Prognose unterstellt.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der zunehmenden Staatsverschuldung wichtiger Volkswirtschaften. Bestehen Zweifel daran, ob die öffentlichen Haushalte langfristig tragfähig sind, verlangen Anleger höhere Zinsen als Ausgleich für das gestiegene Risiko. Steigende Kapitalmarktzinsen verteuern jedoch nicht nur die Finanzierung der Staaten. Auch Unternehmen müssen für Kredite und Investitionen mehr bezahlen, während sich beispielsweise Immobilienfinanzierungen für private Haushalte verteuern können. Dadurch können Investitionen und Konsum zurückgehen. Sollte das Vertrauen in die Finanzpolitik einzelner Staaten deutlich sinken, könnten die Renditen weiter steigen und die wirtschaftliche Entwicklung spürbar bremsen.

Mit der deutschen Wirtschaftspolitik sind Risiken verbunden, die sowohl negative als auch positive Effekte haben könnten. Viele Unternehmen sind offenbar zurückhaltend bei Investitionen in Deutschland. Als Gründe werden insbesondere hohe Energiekosten und umfangreiche bürokratische Anforderungen genannt. Sollten diese Bedingungen andauern, könnte sich die Investitionszurückhaltung noch verstärken. Die angekündigten Entlastungen im Rahmen der Modernisierungsagenda der Bundesregierung könnten die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern. Entscheidend sei jedoch, dass diese Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden. Gelingt dies, könnte das Vertrauen der Unternehmen steigen und ihre Bereitschaft zu Investitionen in Deutschland wieder zunehmen.

10. Literatur

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blago Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

IEA (2026), Oil Market Report, https://www.iea.org/reports/oil-market-report-may-2026

Puls, T. (2026), Diesel wird weltweit knapp. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. https://www.iwkoeln.de/studien/thomas-puls-diesel-wird-weltweit-knapp.html

Peterson Foundation (2026), Interest Costs on the National Debt, https://www.pgpf.org/programs-and-projects/fiscal-policy/monthly-interest-tracker-national-debt/ (abgerufen am 31.08.2026)

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. (2026). RWI-Auswertung zeigt nahezu vollständige Weitergabe des Tankrabatts. https://www.rwi-essen.de/presse/wissenschaftskommunikation/pressemitteilungen/detail/rwi-auswertung-zeigt-nahezu-vollstaendige-weitergabe-des-tankrabatts

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2025	2026	2027	2028
Bruttoinlandsprodukt	0,2	1,3	1,1	0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,0	1,1	0,8	0,4
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-1,1	1,7	1,7	0,6
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,4	1,9	2,2	0,8
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	0,8	1,1	-1,0	-0,7
Baugewerbe (F)	-3,3	-1,1	0,0	-1,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,6	-0,3	-0,2	0,7
Information und Kommunikation (J)	2,9	3,2	1,3	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-3,1	0,0	-0,9	-0,9
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,8	1,5	0,9	0,6
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,3	0,5	0,5	0,0
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,3	2,0	1,4	0,8
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,3	0,7	0,4	-0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – [1]Real.

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	0,0	0,3	0,4	0,3	0,2	0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,4	-0,1	0,1	0,3	0,3	0,4	0,2	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,1	0,0	-0,4	0,3	0,3	0,7	0,3	0,4
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,7	-0,4	-0,7	0,1	0,4	0,9	0,4	0,5
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,6	2,2	1,4	1,2	-0,6	-0,5	-0,3	-0,3
Baugewerbe (F)	0,6	-1,9	-0,4	-0,5	-0,6	-0,1	-0,1	-0,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,6	-0,3	0,3	-0,2	0,5	0,3	0,3	0,3
Information und Kommunikation (J)	2,0	-0,2	1,1	1,0	1,1	0,6	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,3	-1,0	0,0	0,6	0,4	-0,8	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,7	0,1	0,3	0,4	0,4	0,6	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,4	0,2	-0,2	-0,1	0,3	0,3	0,1	0,1
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,3	0,2	0,3	0,9	0,3	0,6	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	-0,1	0,1	0,1	0,6	-0,2	0,1	0,1	0,1

	2027				2028			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
darunter						link		
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,3	-0,2	-0,2
Baugewerbe (F)	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Information und Kommunikation (J)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – [1]Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2025; in Mrd. €

		Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 104,4	2 727,8	502,7	873,8	–
2	–	Abschreibungen	918,3	497,9	126,7	293,8	–
3	=	Nettowertschöpfung	3 186,0	2 229,9	376,1	580,1	- 100,3
4	–	Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 465,6	1 787,4	383,8	294,5	21,3
5	–	Gel. s. Produktionsabgaben	40,5	29,7	0,4	10,4	–
6	+	Empf. s. Subventionen	60,1	57,6	0,2	2,3	–
7	=	Betriebsüberschuss u.Ä.	740,0	470,3	- 7,8	277,5	- 121,6
8	+	Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 472,1	–	–	2 472,1	14,8
9	–	Gel. Subventionen	55,7	–	55,7	–	4,4
10	+	Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	459,9	–	459,9	–	5,9
11	–	Gel. Vermögenseinkommen	1 089,0	993,6	49,0	46,4	387,7
12	+	Empf. Vermögenseinkommen	1 245,2	694,6	30,0	520,7	231,5
13	=	Primäreinkommen	3 772,5	171,3	377,3	3 224,0	- 261,5
14	–	Gel. Eink.- u. Verm.steuern	558,2	124,6	–	433,6	14,2
15	+	Empf. Eink.- u. Verm.steuern	571,6	–	571,6	–	0,8
16	–	Gel. Sozialbeiträge	994,2	–	–	994,2	4,0
17	+	Empf. Sozialbeiträge	992,8	168,8	823,1	0,9	5,4
18	–	Gel. mon. Sozialleistungen	844,2	96,3	746,9	0,9	0,7
19	+	Empf. mon. Sozialleistungen	835,1	–	–	835,1	9,8
20	–	Gel. s. lauf. Transfers	496,1	286,9	95,7	113,5	100,6
21	+	Empf. s. lauf. Transfers	435,7	259,6	30,9	145,1	161,0
22	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 715,0	91,8	960,3	2 662,9	- 203,9
23	–	Konsumausgaben	3 461,9	–	1 012,8	2 449,1	–
24		+ Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 61,7	–	61,7	–
25	=	Sparen	253,1	30,1	- 52,5	275,5	- 203,9
26	–	Gel. Vermögenstransfers	115,0	13,7	80,4	20,9	9,1
27	+	Empf. Vermögenstransfers	95,7	54,9	25,2	15,6	28,4
28	–	Bruttoinvestitionen	967,5	531,1	156,1	280,3	–
29	+	Abschreibungen	918,3	497,9	126,7	293,8	–
30	–	Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	19,0	19,3	- 0,6	0,3	- 19,0
31	=	Finanzierungssaldo	165,6	18,7	- 136,5	283,3	- 165,6
		Nachrichtlich:					
32	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 715,0	91,8	960,3	2 662,9	- 203,9
29	+	Soziale Sachleistungen	–	–	- 633,1	633,1	–
34	=	Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 715,0	91,8	327,1	3 296,0	- 203,9

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2026; in Mrd. €

		Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 268,2	2 846,8	525,3	896,1	–
2	–	Abschreibungen	959,5	515,8	132,3	311,3	–
3	=	Nettowertschöpfung	3 308,8	2 331,0	393,0	584,8	- 108,5
4	–	Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 557,3	1 858,9	400,8	297,5	22,2
5	–	Gel. s. Produktionsabgaben	45,3	34,3	0,4	10,6	–
6	+	Empf. s. Subventionen	66,9	64,4	0,2	2,3	–
7	=	Betriebsüberschuss u.Ä.	773,1	502,2	- 8,0	278,9	- 130,8
8	+	Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 563,6	–	–	2 563,6	15,9
9	–	Gel. Subventionen	62,5	–	62,5	–	4,3
10	+	Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	474,9	–	474,9	–	6,0
11	–	Gel. Vermögenseinkommen	1 117,0	1 016,2	53,0	47,7	423,1
12	+	Empf. Vermögenseinkommen	1 282,6	729,7	29,6	523,3	257,5
13	=	Primäreinkommen	3 914,7	215,7	381,0	3 318,0	- 278,8
14	–	Gel. Eink.- u. Verm.steuern	570,9	126,3	–	444,6	13,8
15	+	Empf. Eink.- u. Verm.steuern	583,8	–	583,8	–	0,8
16	–	Gel. Sozialbeiträge	1 036,9	–	–	1 036,9	4,1
17	+	Empf. Sozialbeiträge	1 035,5	172,8	861,9	0,9	5,5
18	–	Gel. mon. Sozialleistungen	885,0	99,1	785,0	0,9	0,6
19	+	Empf. mon. Sozialleistungen	875,4	–	–	875,4	10,2
20	–	Gel. s. lauf. Transfers	521,6	294,6	106,9	120,1	104,5
21	+	Empf. s. lauf. Transfers	452,7	267,5	32,1	153,1	173,4
22	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 847,8	135,9	966,9	2 745,0	- 211,9
23	–	Konsumausgaben	3 592,8	–	1 065,3	2 527,5	–
24		+ Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 61,9	–	61,9	–
25	=	Sparen	254,9	74,1	- 98,5	279,4	- 211,9
26	–	Gel. Vermögenstransfers	124,5	12,4	92,3	19,9	8,1
27	+	Empf. Vermögenstransfers	100,8	62,1	23,0	15,8	31,8
28	–	Bruttoinvestitionen	1 002,5	561,1	155,3	286,2	–
29	+	Abschreibungen	959,5	515,8	132,3	311,3	–
30	–	Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	18,1	16,4	- 0,7	2,4	- 18,1
31	=	Finanzierungssaldo	170,2	62,1	- 190,0	298,0	- 170,2
		Nachrichtlich:					
32	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 847,8	135,9	966,9	2 745,0	- 211,9
29	+	Soziale Sachleistungen	–	–	- 673,0	673,0	–
34	=	Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 847,8	135,9	293,8	3 418,0	- 211,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2027; in Mrd. €

		Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 433,9	2 967,8	559,9	906,2	–
2	–	Abschreibungen	995,6	533,9	136,7	324,9	–
3	=	Nettowertschöpfung	3 438,3	2 433,9	423,2	581,3	- 118,8
4	–	Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 645,8	1 924,0	431,1	290,7	25,4
5	–	Gel. s. Produktionsabgaben	44,1	32,8	0,4	10,8	–
6	+	Empf. s. Subventionen	68,1	65,5	0,2	2,4	–
7	=	Betriebsüberschuss u.Ä.	816,5	542,6	- 8,2	282,1	- 144,2
8	+	Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 651,9	–	–	2 651,9	19,3
9	–	Gel. Subventionen	66,3	–	66,3	–	4,3
10	+	Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	490,5	–	490,5	–	6,3
11	–	Gel. Vermögenseinkommen	1 135,7	1 030,0	56,5	49,2	464,6
12	+	Empf. Vermögenseinkommen	1 308,3	744,0	30,4	533,8	292,1
13	=	Primäreinkommen	4 065,2	256,7	389,9	3 418,6	- 295,4
14	–	Gel. Eink.- u. Verm.steuern	583,6	131,6	–	452,0	14,0
15	+	Empf. Eink.- u. Verm.steuern	596,8	–	596,8	–	0,8
16	–	Gel. Sozialbeiträge	1 082,3	–	–	1 082,3	4,3
17	+	Empf. Sozialbeiträge	1 081,1	175,4	904,8	0,9	5,6
18	–	Gel. mon. Sozialleistungen	924,7	103,7	820,1	0,9	0,6
19	+	Empf. mon. Sozialleistungen	914,8	–	–	914,8	10,5
20	–	Gel. s. lauf. Transfers	541,9	304,9	110,8	126,1	105,6
21	+	Empf. s. lauf. Transfers	472,7	280,0	31,9	160,8	174,7
22	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 998,1	171,9	992,5	2 833,7	- 228,4
23	–	Konsumausgaben	3 715,8	–	1 110,6	2 605,2	–
24	+	Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 62,1	–	62,1	–
25	=	Sparen	282,3	109,8	- 118,1	290,6	- 228,4
26	–	Gel. Vermögenstransfers	134,4	12,6	101,9	19,9	7,7
27	+	Empf. Vermögenstransfers	108,7	68,6	23,9	16,2	33,4
28	–	Bruttoinvestitionen	1 049,5	581,7	169,2	298,5	–
29	+	Abschreibungen	995,6	533,9	136,7	324,9	–
30	–	Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	18,4	16,7	- 0,7	2,4	- 18,4
31	=	Finanzierungssaldo	184,3	101,1	- 227,8	311,0	- 184,3
		Nachrichtlich:					
32	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 998,1	171,9	992,5	2 833,7	- 228,4
29	+	Soziale Sachleistungen	–	–	- 709,1	709,1	–
34	=	Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 998,1	171,9	283,5	3 542,8	- 228,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2028; in Mrd. €

		Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private. Haushalte	Übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 570,6	3 077,3	585,4	907,9	–
2	–	Abschreibungen	1 022,7	548,3	141,4	333,1	–
3	=	Nettowertschöpfung	3 547,9	2 529,0	444,1	574,8	- 128,5
4	–	Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 745,3	1 995,2	463,8	286,3	35,7
5	–	Gel. s. Produktionsabgaben	44,3	32,8	0,4	11,1	–
6	+	Empf. s. Subventionen	69,4	66,7	0,2	2,5	–
7	=	Betriebsüberschuss u.Ä.	827,7	567,7	- 19,9	279,9	- 164,2
8	+	Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 751,6	–	–	2 751,6	29,4
9	–	Gel. Subventionen	67,5	–	67,5	–	4,3
10	+	Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	500,6	–	500,6	–	6,6
11	–	Gel. Vermögenseinkommen	1 150,0	1 038,8	60,5	50,7	502,9
12	+	Empf. Vermögenseinkommen	1 327,9	752,2	31,2	544,5	325,0
13	=	Primäreinkommen	4 190,3	281,0	383,9	3 525,3	- 310,4
14	–	Gel. Eink.- u. Verm.steuern	603,1	130,9	–	472,2	14,0
15	+	Empf. Eink.- u. Verm.steuern	616,3	–	616,3	–	0,8
16	–	Gel. Sozialbeiträge	1 145,0	–	–	1 145,0	4,6
17	+	Empf. Sozialbeiträge	1 143,9	178,0	965,0	0,9	5,6
18	–	Gel. mon. Sozialleistungen	962,8	105,0	856,9	0,9	0,6
19	+	Empf. mon. Sozialleistungen	952,7	–	–	952,7	10,7
20	–	Gel. s. lauf. Transfers	558,3	311,0	114,9	132,4	106,6
21	+	Empf. s. lauf. Transfers	489,1	288,4	31,9	168,8	175,8
22	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	4 123,1	200,6	1 025,3	2 897,2	- 243,2
23	–	Konsumausgaben	3 811,1	–	1 152,1	2 659,1	–
24	+	Zunahme betr. Vers.ansprüche	–	- 62,3	–	62,3	–
25	=	Sparen	312,0	138,3	- 126,8	300,5	- 243,2
26	–	Gel. Vermögenstransfers	145,6	12,9	112,6	20,1	7,7
27	+	Empf. Vermögenstransfers	119,2	77,6	25,0	16,7	34,1
28	–	Bruttoinvestitionen	1 091,5	601,6	180,1	309,9	–
29	+	Abschreibungen	1 022,7	548,3	141,4	333,1	–
30	–	Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	18,8	17,1	- 0,7	2,5	- 18,8
31	=	Finanzierungssaldo	198,1	132,6	- 252,4	317,9	- 198,1
		Nachrichtlich:					
32	=	Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	4 123,1	200,6	1 025,3	2 897,2	- 243,2
29	+	Soziale Sachleistungen	–	–	- 746,8	746,8	–
34	=	Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	4 123,1	200,6	278,5	3 644,1	- 243,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2027		2028	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	- 0,2	- 0,4	0,0	0,3	- 0,1	0,2	0,3	0,3
Arbeitsvolumen	- 0,8	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,2	0,4	0,6	- 0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,6	0,3	0,1	- 0,4	0,0	0,2	0,3	- 1,1
Produktivität[1]	1,1	1,4	1,0	0,6	1,4	0,6	0,4	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,2	1,3	1,1	0,5	1,2	1,0	1,1	0,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	3 461,9	3 592,8	3 715,8	3 811,1	1 808,8	1 907,0	1 865,1	1 946,0
Private Haushalte[2]	2 449,1	2 527,5	2 605,2	2 659,1	1 266,0	1 339,3	1 301,0	1 358,1
Staat	1 012,8	1 065,3	1 110,6	1 152,1	542,9	567,8	564,1	587,9
Anlageinvestitionen	915,1	948,5	995,7	1 035,0	477,6	518,1	500,5	534,4
Bauten	466,0	483,9	511,5	532,4	248,5	263,0	261,0	271,4
Ausrüstungen	270,7	277,6	288,1	296,8	135,6	152,4	141,5	155,3
Sonstige Anlageinvestitionen	178,4	187,0	196,2	205,8	93,5	102,7	98,1	107,7
Vorratsveränderung[3]	52,4	54,0	53,7	56,5	39,1	14,6	40,7	15,8
Inländische Verwendung	4 429,4	4 595,4	4 765,3	4 902,6	2 325,6	2 439,7	2 406,3	2 496,2
Außenbeitrag	100,3	108,5	118,8	128,5	67,6	51,2	77,8	50,7
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	2,2	2,3	2,4	2,6	2,8	2,1	3,1	2,0
Exporte	1 816,0	1 955,3	2 034,9	2 081,7	1 006,3	1 028,6	1 039,5	1 042,2
Importe	1 715,7	1 846,8	1 916,1	1 953,3	938,7	977,4	961,8	991,5
Bruttoinlandsprodukt	**4 529,7**	**4 703,9**	**4 884,1**	**5 031,1**	**2 393,2**	**2 490,9**	**2 484,1**	**2 547,0**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	4,5	3,8	3,4	2,6	3,4	3,4	3,1	2,0
Private Haushalte [2]	3,8	3,2	3,1	2,1	3,0	3,1	2,8	1,4
Staat	6,1	5,2	4,3	3,7	4,4	4,1	3,9	3,6
Anlageinvestitionen	1,9	3,7	5,0	3,9	5,4	4,6	4,8	3,2
Bauten	2,1	3,8	5,7	4,1	6,6	4,8	5,0	3,2
Ausrüstungen	0,6	2,6	3,8	3,0	3,6	3,9	4,3	1,9
Sonstige Anlageinvestitionen	3,2	4,9	4,9	4,9	4,9	5,0	4,8	4,9
Inländische Verwendung	4,7	3,7	3,7	2,9	3,8	3,6	3,5	2,3
Exporte	0,2	7,7	4,1	2,3	5,4	2,8	3,3	1,3
Importe	3,6	7,6	3,8	1,9	5,6	2,0	2,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt	**3,3**	**3,8**	**3,8**	**3,0**	**3,8**	**3,9**	**3,8**	**2,2**
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 818,3	2 849,6	2 876,3	2 891,6	1 414,4	1 461,8	1 427,3	1 464,4
Private Haushalte[2]	1 987,2	1 994,3	2 004,2	2 006,3	982,7	1 021,5	988,1	1 018,2
Staat	831,5	855,7	872,7	886,2	432,1	440,6	439,7	446,5
Anlageinvestitionen	710,4	710,6	722,2	729,1	347,9	374,3	354,1	375,0
Bauten	325,6	322,1	325,9	326,8	159,5	166,4	161,4	165,4
Ausrüstungen	226,8	227,9	231,6	233,8	109,0	122,5	111,4	122,3
Sonstige Anlageinvestitionen	162,6	166,3	170,9	175,6	81,7	89,2	83,9	91,7
Inländische Verwendung	3 569,5	3 599,7	3 636,9	3 659,7	1 789,2	1 847,7	1 808,9	1 850,8
Exporte	1 493,6	1 553,1	1 585,8	1 599,9	786,8	799,0	801,6	798,3
Importe	1 406,1	1 448,1	1 478,1	1 496,2	725,4	752,7	740,1	756,1
Bruttoinlandsprodukt	**3 654,1**	**3 701,4**	**3 741,1**	**3 759,7**	**1 848,8**	**1 892,2**	**1 868,4**	**1 891,3**

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2027		2028	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,4	1,1	0,9	0,5	0,9	1,0	0,9	0,2
Private Haushalte[2]	1,3	0,4	0,5	0,1	0,5	0,5	0,5	- 0,3
Staat	1,7	2,9	2,0	1,5	1,9	2,1	1,7	1,3
Anlageinvestitionen	- 0,6	0,0	1,6	1,0	1,8	1,5	1,8	0,2
Bauten	- 1,0	- 1,1	1,2	0,3	1,5	0,9	1,2	- 0,6
Ausrüstungen	- 1,3	0,5	1,6	0,9	1,4	1,8	2,2	- 0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	1,7	2,3	2,8	2,7	2,8	2,8	2,7	2,8
Inländische Verwendung	1,8	0,8	1,0	0,6	1,0	1,0	1,1	0,2
Exporte	- 0,9	4,0	2,1	0,9	2,8	1,4	1,9	- 0,1
Importe	2,9	3,0	2,1	1,2	2,6	1,6	2,0	0,5
Bruttoinlandsprodukt	**0,2**	**1,3**	**1,1**	**0,5**	**1,2**	**1,0**	**1,1**	**0,0**
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Private Konsumausgaben[2]	2,5	2,8	2,6	2,0	2,6	2,6	2,2	1,7
Konsumausgaben des Staates	4,3	2,2	2,2	2,2	2,5	2,0	2,1	2,2
Anlageinvestitionen	2,4	3,6	3,3	3,0	3,6	3,0	3,0	3,0
Bauten	3,1	5,0	4,4	3,8	5,0	3,9	3,8	3,8
Ausrüstungen	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Exporte	1,2	3,5	1,9	1,4	2,5	1,4	1,4	1,4
Importe	0,8	4,5	1,7	0,7	3,0	0,4	0,4	1,0
Bruttoinlandsprodukt	**3,0**	**2,5**	**2,7**	**2,5**	**2,6**	**2,9**	**2,7**	**2,3**
5. Einkommensentstehung und –verteilung								
a) Mrd. EUR								
Primäreinkommen der privaten HH[2]	3 224,0	3 318,0	3 418,6	3 525,3	1 666,3	1 752,4	1 724,3	1 801,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	440,0	456,2	475,0	500,4	230,8	244,2	242,9	257,5
Bruttolöhne und –gehälter	2 032,1	2 107,4	2 176,9	2 251,2	1 045,6	1 125,2	1 080,1	1 164,8
Übrige Primäreinkommen [4]	751,9	754,5	766,7	773,7	386,6	380,1	397,9	375,8
Primäreinkommen der übr. Sektoren	548,5	596,6	646,6	664,9	306,1	340,4	327,9	337,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	**3 772,5**	**3 914,7**	**4 065,2**	**4 190,3**	**1 972,4**	**2 092,8**	**2 052,2**	**2 138,1**
Abschreibungen	918,3	959,5	995,6	1 022,7	493,4	502,2	507,5	515,2
Bruttonationaleinkommen	**4 690,9**	**4 874,1**	**5 060,8**	**5 213,0**	**2 465,8**	**2 595,0**	**2 559,7**	**2 653,3**
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 368,3	3 502,3	3 641,0	3 757,2	1 757,6	1 883,3	1 832,9	1 924,3
Arbeitnehmerentgelt	2 472,1	2 563,6	2 651,9	2 751,6	1 279,6	1 372,3	1 326,4	1 425,2
Unternehmens- und Verm.einkomm	896,3	938,7	989,1	1 005,6	478,0	511,0	506,5	499,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten HH[2]	3,8	2,9	3,0	3,1	2,9	3,1	3,5	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	6,9	3,7	4,1	5,4	4,6	3,6	5,3	5,4
Bruttolöhne und –gehälter	4,4	3,7	3,3	3,4	4,1	2,9	3,7	3,9
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	4,4	4,0	3,2	3,1	4,0	2,5	2,9	3,2
Übrige Primäreinkommen [4]	0,6	0,3	1,6	0,9	-0,7	4,1	2,9	-1,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	-0,7	8,8	8,4	2,8	8,5	8,3	7,1	-1,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	**3,1**	**3,8**	**3,8**	**3,1**	**3,7**	**3,9**	**4,0**	**2,2**
Abschreibungen	3,5	4,5	3,8	2,7	3,9	3,7	2,9	2,6
Bruttonationaleinkommen	**3,2**	**3,9**	**3,8**	**3,0**	**3,8**	**3,9**	**3,8**	**2,2**
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,0	4,0	4,0	3,2	3,8	4,1	4,3	2,2
Arbeitnehmerentgelt	4,8	3,7	3,4	3,8	4,1	2,9	3,7	3,9
Unternehmens- und Verm.ein-komm.	-1,8	4,7	5,4	1,7	3,3	7,4	6,0	-2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2027		2028	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte [2]								
a) Mrd.EUR								
Masseneinkommen	2 048,9	2 130,0	2 207,6	2 285,6	1 070,6	1 137,1	1 101,8	1 170,4
Nettolöhne und –gehälter	1 402,9	1 453,9	1 500,2	1 548,8	715,9	784,2	731,5	803,9
Monetäre Sozialleistungen	835,1	875,4	914,8	952,7	457,1	457,8	477,3	475,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	189,1	199,4	207,4	215,9	102,4	104,9	107,0	109,0
Übrige Primäreinkommen [4]	751,9	754,5	766,7	773,7	386,6	380,1	397,9	375,8
Sonstige Transfers (Saldo) [5]	- 137,9	- 139,5	- 140,6	- 148,7	- 64,2	- 76,4	- 67,7	- 81,0
Verfügbares Einkommen	**2 662,9**	**2 745,0**	**2 833,7**	**2 897,2**	**1 393,0**	**1 440,7**	**1 432,0**	**1 465,2**
Zunahme betriebl. Versorgngsanspr.	61,7	61,9	62,1	62,3	30,0	32,1	30,1	32,2
Konsumausgaben	2 449,1	2 527,5	2 605,2	2 659,1	1 266,0	1 339,3	1 301,0	1 358,1
Sparen	275,5	279,4	290,6	300,5	157,1	133,6	161,2	139,3
Sparquote (%) [6]	10,1	10,0	10,0	10,2	11,0	9,1	11,0	9,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	3,7	4,0	3,6	3,5	4,2	3,1	2,9	2,9
Nettolöhne und -gehälter	3,5	3,6	3,2	3,2	3,6	2,8	2,2	2,5
Monetäre Sozialleistungen	5,5	4,8	4,5	4,1	5,1	3,9	4,4	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	10,1	5,4	4,0	4,1	4,2	3,9	4,4	3,9
Übrige Primäreinkommen [4]	0,6	0,3	1,6	0,9	-0,7	4,1	2,9	-1,1
Verfügbares Einkommen	**2,8**	**3,1**	**3,2**	**2,2**	**3,2**	**3,3**	**2,8**	**1,7**
Konsumausgaben	3,8	3,2	3,1	2,1	3,0	3,1	2,8	1,4
Sparen	-5,8	1,4	4,0	3,4	3,7	4,4	2,6	4,3
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates [7]								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	1031,5	1058,7	1087,3	1116,9	537,7	549,6	552,3	564,6
Nettosozialbeiträge	823,1	861,9	904,8	965,0	439,9	465,0	468,8	496,2
Vermögenseinkommen	30,0	29,6	30,4	31,2	15,0	15,4	15,4	15,9
Sonstige Transfers	30,9	32,1	31,9	31,9	13,8	18,1	13,3	18,6
Vermögenstransfers	25,2	23,0	23,9	25,0	10,5	13,5	11,2	13,8
Verkäufe	197,0	204,9	212,5	220,3	98,8	113,7	102,5	117,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	**2137,9**	**2210,4**	**2291,1**	**2390,5**	**1115,7**	**1175,4**	**1163,4**	**1227,1**
Ausgaben								
Vorleistungen [8]	707,4	745,3	763,6	787,4	370,5	393,2	383,0	404,3
Arbeitnehmerentgelt	383,8	400,8	431,1	463,8	206,6	224,5	223,2	240,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,0	53,0	56,5	60,5	29,0	27,5	31,1	29,4
Subventionen	55,7	62,5	66,3	67,5	27,4	38,9	27,8	39,8
Monetäre Sozialleistungen	746,9	785,0	820,1	856,9	407,7	412,4	427,3	429,5
Sonstige laufende Transfers	95,7	106,9	110,8	114,9	52,4	58,4	54,5	60,4
Vermögenstransfers	80,4	92,3	101,9	112,6	37,2	64,7	42,0	70,6
Bruttoinvestitionen	156,1	155,3	169,2	180,1	74,3	94,9	79,6	100,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,6	-0,7	-0,7	-0,7	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Insgesamt	**2274,4**	**2400,4**	**2518,9**	**2642,9**	**1204,8**	**1314,2**	**1268,1**	**1374,8**
Finanzierungssaldo	**-136,5**	**-190,0**	**-227,8**	**-252,42**	**-89,09**	**-138,74**	**-104,67**	**-147,75**

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2027		2028	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	3,4	2,6	2,7	2,7	3,0	2,4	2,7	2,7
Nettosozialbeiträge	8,8	4,7	5,0	6,6	5,5	4,5	6,6	6,7
Vermögenseinkommen	-11,0	-1,2	2,8	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8
Sonstige Transfers	-1,7	3,7	-0,5	-0,1	-4,4	2,7	-3,8	2,7
Vermögenstransfers	14,8	-8,7	4,1	4,2	6,4	2,3	6,6	2,3
Verkäufe	5,3	4,0	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
Sonstige Subventionen	1,7	-17,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**5,4**	**3,4**	**3,7**	**4,3**	**4,0**	**3,4**	**4,3**	**4,4**
Ausgaben								
Vorleistungen [8]	5,4	5,4	2,5	3,1	2,5	2,4	3,4	2,8
Arbeitnehmerentgelt	7,2	4,4	7,6	7,6	8,0	7,1	8,1	7,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	6,8	8,2	6,6	7,0	6,5	6,7	7,0	7,0
Subventionen	-1,5	12,2	6,0	1,9	6,3	5,8	1,4	2,3
Monetäre Sozialleistungen	5,8	5,1	4,5	4,5	4,8	4,2	4,8	4,2
Sonstige laufende Transfers	5,4	11,8	3,7	3,7	3,9	3,5	3,9	3,5
Vermögenstransfers	-2,4	14,8	10,5	10,5	12,9	9,1	12,9	9,1
Bruttoinvestitionen	12,5	-0,5	9,0	6,4	11,3	7,2	7,1	5,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	**5,8**	**5,5**	**4,9**	**4,9**	**5,3**	**4,6**	**5,3**	**4,6**

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – [1]Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – [2]Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [3]Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.– [4]Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – [5]Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers.– [6]Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – [7]Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – [8]Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.